

Jahresbericht 2011

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Inhalt

Standpunkt	4
Blickpunkt	8
Verbandstagung	12
Die ordentlichen Mitgliedssparkassen	16
Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen	32
Verbandsaufgaben	50
Verbandsorganisation	51



Präsident
Dr. Tim Nesemann

Umsetzung von Basel III nur ein erster Schritt

Vier Jahre ist es mittlerweile her, seit die Pleite der amerikanischen Großbank Lehman Brothers Schockwellen durch das globale Bankensystem sandte und innerhalb eines Jahres einen enormen konjunkturellen Einbruch verursachte. Durch staatliche Hilfsmaßnahmen konnten der Zusammenbruch des Systems verhindert und die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise abgemildert werden. Leider befinden sich speziell die Finanzmärkte in Europa seither in permanenter Verunsicherung, zusätzlich befeuert durch das Platzen einer großen Immobilienblase in Spanien und eine zunehmende Überschuldung einzelner Staaten der Eurozone.

Schon zu Beginn der Krise machte die Politik deutlich, dass als eine Konsequenz der Ereignisse um Subprimes und

die Pleite von Lehman Brothers die Zeit vollständig deregulierter Finanzmärkte vorbei sein müsse. Deshalb wurde durch die G20-Staaten ein neues Regelwerk erdacht, dessen Umsetzung das Finanzsystem zukünftig krisenresistenter machen soll und sich nun scheinbar auf der Zielgeraden befindet. Zu den Auswirkungen dieser regulatorischen Vorgaben wurde in der Vergangenheit bereits viel geschrieben und auch der Freie Verband hat in den letzten Jahren des Öfteren auf Fehlanreize im Regelwerk hingewiesen, so dass ich an dieser Stelle nicht mehr auf den Inhalt eingehen möchte. Da das Regelwerk und alle weiteren staatlichen Maßnahmen aber direkten Einfluss auf die Erfolgsrechnung von Banken haben werden, möchte ich doch ein paar grundsätzliche Dinge anmerken.

Die Umsetzung von Basel III mittels Verordnung CRR 1/Richtlinie CRD IV darf nur ein erster Schritt sein, denn bisher gilt dieses Regelwerk nur für Banken. Hedgefonds oder Schattenbanken bleiben weiterhin unreguliert und können wie bisher mit

geringem Kapitaleinsatz hochspekulative Geschäfte betreiben. Diese Situation muss nun im nächsten Schritt zügig beendet werden, sonst droht die Gefahr, dass sich Finanzgeschäfte aus dem regulierten Bankensektor in den unbeaufsichtigten Schattenbereich verschieben und dort weiterhin ein großes Gefahrenpotential für das Finanzsystem darstellen.

Systemrelevanz beseitigen

Ein weiteres Thema, für das die Politik dringend eine Lösung finden muss, ist die „too-big-to-fail“-Problematik. Nach der Pleite von Lehman wurden zahlreiche Großbanken mit staatlichen Liquiditätshilfen ausgestattet, um eine weitere Destabilisierung der Märkte zu verhindern. Diese Hilfen waren richtig, verdeutlichten den politischen Akteuren aber auch eines: Banken dürfen zukünftig keine Betriebsgrößen mehr erreichen, die sie systemisch relevant und damit im Krisenfall staatliche Interventionen alternativlos machen würden.

Leider hat man bislang nur in den USA im Rahmen des „Dodd Frank Act“ erste Schritte unternommen, um zukünftig auch große Kreditinstitute scheitern lassen zu können. So mussten zunächst die neun größten Banken in einem sogenannten „letzten Willen“ einen Notfallplan für die US-Einlagensicherung FDIC anfertigen, wie die Institute im Falle einer Krise abgewickelt werden können. Weitere 116 Institute müssen bis 2013 ebenfalls solch ein Konzept anfertigen und einreichen. Da in den Notfallplänen allerdings nur die eigene Schieflage betrachtet werden muss und man ansonsten von einer gesunden Branche und Märkten ausgehen darf, ist fraglich, ob die Testamente auch in einer systemischen Krise anwendbar sind.

In Europa hat man sich dieser Problematik bisher noch nicht wirklich angenommen. In Deutschland wurde zusammen mit dem Restrukturierungsgesetz ein Rettungsfonds initiiert, der über eine Bankenabgabe gespeist wird und europaweit wird zurzeit an einer nach deutschem Vorbild verbesserten Einlagensicherung gearbeitet. Die in diesen Töpfen angesammelten Gelder werden aber in einer systemischen Krise nicht ausreichen. Stattdessen wäre es dringend erforderlich, jetzt Regularien zu entwickeln, mit der in Schieflage geratene Banken zukünftig abgewickelt werden können, ohne dass die Realwirtschaft dabei gefährdet wird.

Denn zu einer Marktwirtschaft und freiem Wettbewerb gehört es dazu, dass Unternehmungen man-



gels fehlenden Geschäftsmodells oder durch Eingehen zu hoher Risiken scheitern können. Diese Regel muss auch für den Finanzsektor gelten und darf nicht dauerhaft durch die Größe des Instituts und seine Bedeutung für das Wirtschaftsgefüge ausgeschaltet werden. Zwar haben viele Banken mittlerweile ihre Staatshilfen aus eigener Kraft zurückgezahlt und diese dem Staat oftmals gut verzinst. Leider gibt es aber auch Beispiele, wo vor Jahren gerettete Banken bisher weder zu Rückzahlung noch Zinszahlung in der Lage waren, im Wettbewerb um Kunden aber mit marktfernen Konditionen und „Willkommensgeschenken“ werben und gesunden Wettbewerbern das profitable Wirtschaften zunehmend schwerer machen. Natürlich ist es wichtig, diese Fehlentwicklungen im Auge zu behalten und von der Politik zu fordern, die Rahmenbedingungen für alle Marktteilnehmer wieder auf eine faire Basis zu stellen. Allerdings fehlt uns hier die Gestaltungsmacht, so dass wir nur eine Zuschauerrolle einnehmen und auf richtige Entscheidungen der Politik hoffen können.

Auf eigene Stärken besinnen

Der Schlüssel zu einer weiterhin erfolgreichen Zukunft der Sparkassen und der gesamten Organisation liegt für mich daher in Themen, die wir direkt beeinflussen können. Eines dieser Themen befasst sich im Schwerpunkt mit den zukünftigen Strukturen in der S-Finanzgruppe.

Ein kurzer Blick auf die Dimensionen der Sparkas-

senorganisation ist beeindruckend: 423 Sparkassen, zehn Landesbausparkassen, elf Versicherungen, acht Landesbanken sind in zwölf regionalen und einem nationalen Verband organisiert. Die Sparkassen betreiben über 20.000 Geschäftsstellen, in der gesamten Organisation sind über 360.000 Menschen beschäftigt und betreuen ein Geschäftsvolumen von über 3 Bio. EUR. Dies sind Zahlen, auf die wir zu Recht stolz sein können. Erreicht wurden diese Zahlen mit einer Geschäftsphilosophie, die seit über 200 Jahren Bestand hat. Die Sparkassen verstehen sich seit ihrer Gründung als regionaler Finanzdienstleister für die in dieser Region lebenden Menschen und den ortsansässigen Mittelstand. An globalen Finanzmärkten sind wir nur auf Veranlassung unserer Kunden tätig, nicht aber aus eigenem Antrieb. Dass dieses Geschäftsmodell nachhaltig profitabel ist, hat sich gerade in der Finanzkrise gezeigt. Allerdings können wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, denn die Filiale ist längst nicht mehr die einzige Möglichkeit, wie Kunden mit uns in Kontakt treten und sich mit Finanzdienstleistungen versorgen können. Internet und mobile Medien ermöglichen es, von praktisch jedem Ort der Welt mit seiner Hausbank zu kommunizieren und definieren so den Begriff des „Ansprechpartners vor Ort“ völlig neu. Auf diese Entwicklung zu reagieren, wird uns als dezentral organisierte Gruppe vor enorme Herausforderungen stellen. Bei der Vielschichtigkeit keine leichte Aufgabe, doch wir haben in der jüngeren

Vergangenheit bewiesen, dass wir gemeinsam dazu in der Lage sind. So hat man einen großen Schritt in Richtung schlanker Strukturen mit der Fusionierung vieler kleiner Rechenzentren in den vergangenen zehn Jahren auf letztlich einen Dienstleister – die Finanz Informatik – gemacht. Die Einspareffekte sind bereits heute beachtlich: So konnten die Sparkassen seit dem Jahr 2001 ca. 1,5 Mrd. EUR einsparen und ab 2012 kalkuliert man innerhalb des Verbunds mit Einsparungen von rund 200 Mio. EUR pro Jahr.

Auch bei der Landesbankenkonsolidierung sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Im Zuge der Finanzkrise bekamen einige der einst als Girozentralen gegründeten Landesbanken wirtschaftliche Probleme, da sie sich mittlerweile von ihrem originären Geschäftszweck fortbewegt hatten und große Teile ihrer Geschäfte an den Finanzmärkten betrieben. Im Gegensatz zu etlichen privaten Großbanken standen die Sparkassen zu Ihrer Verantwortung als Eigentümer und haben die Landesbanken mit neuem Eigenkapital ausgestattet. Natürlich hat auch der Staat an der Stützung der Landesbanken mithelfen müssen, allerdings erfolgten die Kapitaleinlagen durch die Länder in Ihrer Eigenschaft als Miteigentümer. Lediglich bei der WestLB musste der Steuerzahler mit Beihilfen einspringen. Sie wird als Konsequenz nach Heraustrennung des Verbundgeschäftes letztendlich abgewickelt und aus dem Markt ausscheiden. Bei den verbleibenden acht

Landesbanken werden seit der Finanzkrise die jeweiligen Geschäftsmodelle auf den Prüfstand gestellt und die Bereiche, die nicht zu den Kernaufgaben der Landesbanken als Verbundbanken gehören, sukzessive abgebaut.

Pragmatisch handeln anstatt politisch

Leider zeigt die Situation bei den Landesbanken aber auch exemplarisch die Schwächen, die unser dezentraler Verbund aufweist. Wenn ein Krisenfall auftritt, arbeitet die Sparkassenorganisation effizient und ist sehr schnell handlungsfähig, weil die Alternativen begrenzt sind und es folglich wenig Abstimmungsbedarf gibt. Wenn aber innerhalb der S-Finanzgruppe agiert werden soll, dann wird es kompliziert. Schließlich trifft jede Sparkasse die geschäftspolitischen Entscheidungen für sich selbst und das ist auch gut so. Es bedeutet aber auch, dass Strukturveränderungen in der gesamten Gruppe auf viele Einzelinteressen treffen und sich die Überzeugungsarbeit langwierig und mühselig gestaltet. Dabei scheiterten Versuche der Konsolidierung von Strukturen in der Vergangenheit nicht einmal an den Vorständen in den Sparkassen. Diese haben die betriebswirtschaftlichen Vorteile längst erkannt. Das Hauptproblem liegt für mich in der Einflussnahme auf geschäftspolitische Entscheidungen durch die Politik. Auch dies ist grundsätzlich berechtigt, sind doch Kommunen in der Regel die Eigentümer der Sparkassen und Bundesländer Miteigentümer von Landesbanken. Die Berücksichtigung politischer Interessen hat aber in der Vergangenheit viele Bemühungen zunichte gemacht, die Strukturen in der S-Finanzgruppe effizienter zu gestalten. Und Beispiele aus der jüngsten Zeit zeugen davon, dass sich die Haltung der Politik durch die Finanzkrise kaum verändert hat.

So ist mit der gelungenen Stabilisierung der Landesbanken der Konsolidierungsprozess leider wieder abrupt zum Erliegen gekommen. Es fehlt insbesondere an der konsequenten Unterstützung durch die Landesregierungen. Stattdessen wird zwar bereitwillig die Konsolidierung des Sektors angeboten, aber nur unter der eigenen „Führerschaft“. Dieses Verhalten kann analog bei den regionalen öffentlichen Versicherern oder unseren Landesbausparkassen beobachtet werden, von denen wir uns weiterhin 11 bzw. 8 selbständige, im Wettbewerb stehende Einheiten leisten, anstatt die zunehmend notwendigen Kostensynergien zu realisieren. Aber auch die Entscheidungsträger innerhalb der S-Finanzgruppe verhalten sich nicht immer vorbildhaft. Vor fünf Jahren haben wir alle zusammen die



Landkarte der Versicherer in der S-Finanzgruppe

Landesbank Berlin inklusive Berliner Sparkasse erworben. Damals bestand der einheitliche Wunsch, dieses Institut als Dienstleister so umzugestalten, dass Produktentwicklungen von der LBB vorgenommen und den Sparkassen zur Nutzung angeboten werden, deren Entwicklung und Vorhaltung für regionale Sparkassen aufgrund der geringen Größe unrentabel sind. Bei der Auto- bzw. Konsumentenfinanzierung ist uns diese Bündelung auch gelungen und so haben alle Sparkassen, die diese Kredite direkt über die LBB leiten, in den letzten Jahren durch gute Zuwachsraten Marktanteile zurück gewonnen. Leider ist auch hier zu konstatieren, dass der weitere konsequente Ausbau zurzeit ins Stocken geraten ist.

Wie Eingangs geschildert, werden sich die Rahmenbedingungen für Banken und Sparkassen in den nächsten Jahren drastisch verändern.

Auf der Aufwandsseite werden neue Eigenkapitalregeln, die Bankenabgabe oder auch die Finanztransaktionssteuer höhere Kosten verursachen. Da der Wettbewerbsdruck im Gegenzug aber nicht abnehmen, sondern durch in- und ausländische Großbanken, die das Privatkundengeschäft und insbesondere die Kundeneinlagen „wiederentdecken“, immer stärker wird, können die höheren Kosten nur schwerlich an unsere Kunden weitergegeben werden. Institute, die mit Staatshilfen gestützt wurden und nun mit Lockangeboten den Wettbewerb verzerren, werden unsere Einnahmeseite ebenfalls belasten.

Deshalb halte ich es für dringend notwendig, dass wir uns jetzt an die Arbeit machen und unsere Strukturen darauf ausrichten, dauerhaft im Wettbe-



Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

werb bestehen und unseren gemeinwohlorientierten Auftrag erfüllen zu können. Schließlich können wir weiterhin nur dann erfolgreich sein, wenn wir unseren Kunden Produkte und Dienstleistungen zu fairen Preisen anbieten. Deshalb müssen betriebswirtschaftliche Argumente wieder in den Vordergrund rücken und etwaige politische oder andersartig motivierte Einzelinteressen sollten zum Wohle aller im Zweifel zurückstehen.

Wenn wir diese Aufgabe meistern, wird uns auch in Zukunft die Dualität von notwendiger Profitabilität und gewollter Gemeinwohlorientierung gelingen und wir können die Sparkassenidee auch nach weiteren 200 Jahren noch feiern.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In nahezu allen Branchen – und vor allem im Finanzdienstleistungsbereich – ist die Wettbewerbsintensität deutlich gestiegen. Die Arbeitnehmer erleben immer stärkere Anforderungen an Produktivität, Wissen und Einsatzbereitschaft. Arbeit reicht über die zur Verfügung stehenden Kommunikationsmedien oftmals bis tief in das Privatleben hinein. Gerade in den westlichen Industrieländern gehen Geburtenraten zurück und gut ausgebildete Frauen entscheiden sich oftmals für den Beruf und gegen eigene Kinder, weil sie die doppelte Belastung von Beruf und Familie in besonderer Weise tragen müssten. Gleichzeitig machen sich immer mehr Menschen – gerade auch in Führungspositionen – bewusst, dass Arbeit und Beruf nicht alles im Leben sind.

Die klassische Großfamilie, die sich um die älter werdende Generation kümmert und Betreuung oder Pflege sicherstellen kann, ist in den Städten weitgehend verschwunden. In diesem Kontext wächst das Bewusstsein für die ideellen Werte des Lebens und die Relevanz des Privatlebens als Ausgleich zum beruflichen Alltag.

Deshalb rückt eine familienfreundliche Unternehmenspolitik zunehmend in den Fokus: für immer mehr Arbeitnehmer ist eine sozial verantwortliche Arbeitsumgebung ein Auswahlkriterium für einen Arbeitgeber bei einem Arbeitsplatzwechsel. Bei der Suche nach qualifiziertem Personal gibt also neben dem Gehalt und der Aufgabe selbst auch immer mehr die Haltung zu den sozialen, weichen Faktoren den Ausschlag.

Eine Balance zwischen verschiedenen Lebensbereichen zu ermöglichen, gilt als eine wichtige gesellschaftspolitische Herausforderung, als ein betrieblich relevantes Thema bezüglich Wirtschaftlichkeit

und Organisationskultur sowie als ein sozial, kulturell und pädagogisch bedeutsames Thema bezüglich der Gestaltung von Familien- und Berufsleben. Sie berührt wichtige individuelle Fragen von Lebenseinstellung und Lebensstil. Die Situation ist dabei aus historischen, kulturellen oder politischen Gründen in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich.

Auch die Mitgliedssparkassen des Freien Verbandes haben sich diesem gesellschaftlich relevanten Thema zugewandt und beachtliche Konzepte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im weiteren Sinne in die Umsetzung gebracht.

Stellvertretend stellen in diesem Blickpunkt vier Sparkassen ihre Modelle vor, die einen Eindruck von der Unterschiedlichkeit, aber auch der Vielfalt von Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben.

Bordesholmer Sparkasse AG

Das Angebot der Bordesholmer Sparkasse in Bezug auf Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben fußt auf einer seit vielen Jahren bestehenden vollvariablen Arbeitszeit. Die Mitarbeiter haben die Möglichkeit, bis zu 60 Stunden Arbeitszeitguthaben anzusammeln, das sie für ihre ganz persönlichen Bedürfnisse einsetzen können. Auch wenn natürlich die Kundenbelange und betriebliche Erfordernisse abgedeckt sein müssen, hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, die Arbeitszeit an die familiäre Situation anzupassen: Kinder morgens zum Kindergarten oder in die Schule bringen, zwischendurch zuhause „nach dem Rechten sehen“ oder für die Betreuung von Familienangehörigen entsprechende Zeitfenster nutzen.

Da es keine Kernanwesenheitspflicht gibt und jeder Mitarbeiter weiß, dass er entsprechende Freiheiten nutzen kann, wird dieses Mittel der Flexibilität auf breiter Basis akzeptiert und gelebt. Im Interesse der Sparkasse wird hiermit selbstverständlich sehr verantwortungsvoll umgegangen.

Darüber hinaus haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, angeordnete Mehrarbeit nicht – wie im Arbeitszeitgesetz grundsätzlich vorgesehen – kurzfristig wieder abzubauen, sondern auf einem Langzeitkonto anzusammeln und für dringende familiäre Bedürfnisse – und zwar ausschließlich dafür – einzusetzen. Somit hat jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter die Gewissheit, für einen familiären Notfall über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus Freiheit zu



Gerd Altmann / pixelio.de



Marvin Siefke / pixello.de

haben und einspringen zu können.

Die Bordesholmer Sparkasse legt darüber hinaus in ihren Aktivitäten einen Schwerpunkt auf die Gesundheitsförderung. Sie erhielt im Jahr 2009 das schleswig-holsteinische Gütesiegel „Gesunder Betrieb 2009“. Als „Gesunder Betrieb“ werden Unternehmen ausgezeichnet, die in den Bereichen Arbeitsschutz, betriebliche Gesundheitsförderung und betriebliches Eingliederungsmanagement Vorbildliches leisten.

Ausgewählt wurde die Bordesholmer Sparkasse aufgrund des vielfältigen Angebots, aus dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren „persönlichen Gesundheitscocktail“ zusammenstellen können – von der mobilen Massage über unterschiedlichste Betriebssportgruppen bis hin zu Vorträgen rund um das Thema Gesundheit und hausinternen Kochkursen. Furore machte kürzlich ein von Mitarbeitern für Mitarbeiter und Kunden erstelltes Kochbuch mit dem Titel „Genuss-Scheine“.

Sparkasse zu Lübeck AG

Die „Strategie Sparkasse 2020“ der Sparkasse zu Lübeck beinhaltet eine bewusste Veränderung der Sparkasse hin zu einer Kundenbank, die sich ganz bewusst ausrichtet an den Wünschen, Erwartungen und Bedürfnissen der Kunden. Die Mitarbeiter beraten bedarfsgerecht und tragen so zu einer starken Kundenloyalität bei.

Der Vorstand der Sparkasse hat in dem Bewusstsein, dass dieser Veränderungsprozess eine besondere Herausforderung an die Mitarbeiter darstellt, spezielle Maßnahmen in dem Teilbereich „Personal und Führung“ eingeleitet, z.B. das Thema „Lebens- und Karriereplanung“. Einerseits sollen die aktiven Mitarbeiter in diesem Veränderungsprozess mitgenommen und motiviert werden, andererseits will sich die Sparkasse nach außen auch als attraktiv für Fachkräfte positionieren. Dazu gehört insbesondere die Dokumentation der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Eine besondere Auszeichnung hierzu hat die Sparkasse zu Lübeck im laufenden Jahr 2012 erfahren. Sie wurde als eines von fünf Unternehmen – und als erstes Kreditinstitut in Deutschland überhaupt – ausgewählt, am UnternehmensCheck „Erfolgsfaktor Familie“ teilzunehmen. Der Check ist ein Bestandteil des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDI, BDA, DIHK, ZDH) und dem DGB, das zum Ziel hat, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.

Das Programm bündelt Informationen rund um das Thema Familienfreundlichkeit in Unternehmen, stellt in einer Wissensplattform eine breite Auswahl an Praxisbeispielen, Studien und Ratgebern zur Verfügung und koordiniert neben dem Wettbewerb das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“, die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ sowie das Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“.

Der UnternehmensCheck hilft der Sparkasse zu Lübeck und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ihre familienbewusste Personalpolitik zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Kern des Checks ist eine Online-Befragung der Beschäftigten im Juni und Juli 2012. Das Auswertungsgespräch Ende Juli wird den Führungskräften der Sparkasse zu Lübeck wichtige Hinweise zu bereits erfolgreich umgesetzten familienfreundlichen Arbeitsbedingungen geben aber auch Hinweise liefern, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch weitere Bedürfnisse und Wünsche an ihre Sparkasse haben.

Der Freie Verband wünscht der Sparkasse viel Erfolg bei dieser hochrangigen Initiative auf Bundesebene!

Die Sparkasse Bremen AG

Der 17.05.2010 war ein bedeutender Tag für die Sparkasse Bremen und die Bremer Heimstiftung. An diesem Tag wurde das „Familienbündnis e.V.“ mit



dem Ziel gegründet, die Förderung der Jugend- und Altenhilfe und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen in den beiden Unternehmen zu intensivieren. Mit viel Engagement wurde dem Familienbündnis in den folgenden Monaten ein Gesicht gegeben. Vier Schwerpunkte des Vereins wurden definiert:

- Kinderbetreuung
- Pflege
- Haushaltsnahe Dienstleistungen
- Bildung

Ziel ist, den Mitarbeitern beider Unternehmen bedarfsorientierte Angebote in allen Bereichen zur Verfügung zu stellen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich zu verbessern.

Was wurde bisher umgesetzt?

Der Schwerpunkt Kinderbetreuung stand in der ersten Zeit im Fokus. Bereits im August 2010 eröffnete das Familienbündnis als eigenständiger Träger die erste Kindertagesstätte. Dort werden in einer altersgemischten Gruppe 15 Kinder betreut. Am 1.2.2012 folgte eine Krippe mit 10 Kindern.

Die beiden kooperierenden Unternehmen möchten mit der Errichtung und Ausstattung der Kindertagesstätten nicht nur eigenen Mitarbeitern eine Betreuungsmöglichkeit bieten sondern auch ihrer sozialen Verantwortung als bedeutende Bremer Unternehmen gerecht werden.

Was plant das Familienbündnis in nächster Zeit?

In 2012 wird das Familienbündnis als Träger noch zwei weitere Standorte in Bremen mit 40 weiteren Plätzen eröffnen. Ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 werden dann an vier Standorten insgesamt 65 Betreuungsplätze angeboten.

In diesem Jahr werden außerdem die nächsten beiden Schwerpunkte, die Pflege von nahen Angehörigen sowie die haushaltsnahen Dienstleistungen, mit konkreten Angeboten hinterlegt. Alle Mitarbeiter können auf die Kernkompetenz der Bremer Heimstiftung als Anbieter von Seniorenresidenzen zurückgreifen. Erste Pilotprojekte zur Unterstützung Pflgender sind bereits konzipiert und werden noch in diesem Jahr Mitarbeitern zu Gute kommen. Durch die Unterhaltung vieler Häuser verfügt der Kooperationspartner außerdem über viele Kontakte zu Handwerkern. Deren Kompetenzen werden unter dem Schwerpunkt Haushaltsnahe Dienstleistungen bei Bedarf an Mitarbeiter vermittelt.

Und zum Ende des Jahres wird abschließend der Bereich Bildung durch Vortragsangebote und Seminare das Repertoire des Familienbündnisses abrunden.

Wo ist das Familienbündnis präsent?



Seit Herbst 2010 verfügt das Familienbündnis über eigene Räume. Eine Mitarbeiterin hat die Leitung über den Bereich Kinder- und Jugendbetreuung übernommen und koordiniert die laufende Weiterentwicklung dieses Bereiches. Mehr als 15 Erzieherinnen betreuen in den Kindertagesstätten kompetent und liebevoll die Kleinen.

Alle Mitarbeiter und Interessenten informiert zukünftig unabhängig vom Arbeitsplatz, zeitnah und aktuell die Homepage www.familien-buendnis.de. Mit dem Familienbündnis möchte die Sparkasse ihre Mitarbeiter nicht nur bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Sie sieht das Bündnis auch als einen wichtigen Baustein der Leistungs- und Sozialgemeinschaft, welcher außerdem die Attraktivität des Arbeitgebers deutlich erhöhen kann.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch bei unseren europäischen Mitgliedern ist das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ im Fokus der Geschäftsstrategie. Beispielhaft für Österreich berichten wir über die Aktivitäten der Steiermärkischen Sparkasse in Graz.

Steiermärkische Bank und Sparkassen AG

Traditionell hat die Steiermärkische Sparkasse eine sehr soziale Haltung gegenüber Ihren Kunden, der Gesellschaft und insbesondere auch ihren Mitarbeitern. Dies äußert sich in diversen Betriebsvereinbarungen, die den Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Die Sparkasse ist der Überzeugung, dass ein Mitarbeiter, der sich in akuten oder grundsätzlich belastenden Familiensituationen von seiner Sparkasse verstanden und getragen fühlt, motivierter und loyaler ist und dass Investitionen in diesen Bereich immer den Aufwand überwiegen.

Vorstand und Betriebsrat der Steiermärkischen Sparkasse haben gemeinsam eine Mitarbeiter-Charta formuliert. Die Steiermärkische Sparkasse definiert damit als wichtiges Unternehmensziel die Entwicklung einer Unternehmenskultur, die auf mitarbeiterorientierten Werthaltungen beruht. Die Charta



schreibt diese Werthaltungen und die daraus abgeleiteten Rahmenbedingungen fest. Diese vereinbarten Grundsätze stellen die Basis für alle notwendigen Veränderungen und die damit verbundenen Aufgaben dar. Zu den gemeinsamen Werten zählen neben vielen

anderen die Gestaltung eines leistungsfördernden Umfeldes, das auch die persönliche Lebenssituation des einzelnen Mitarbeiters berücksichtigt, eine offene Kommunikation innerhalb des Unternehmens und die Chancengleichheit für Frauen und Männer. In den Rahmenbedingungen legen Vorstand und Betriebsrat unter anderem flexible Arbeitszeiten fest und eine aktive Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterschiedlichen Themenbereichen (Älter werden im Betrieb, Wiedereinstieg nach Karenz, Vorbereitung auf neue Funktionen etc.).

Ein wichtiges Instrument ist auch das Intranet der Sparkasse. Mitarbeiter finden zu diversen Themen rund um Gesundheit und Pflege Informationen, Ansprechpartner innerhalb und außerhalb der Sparkasse, Anlaufstellen, Tipps zu Pflegeeinrichtungen und weiterführende Links.

Die Mitarbeiter-Charta geht unternehmensweit in die Vorstands- und Betriebsratsarbeit ein und ist Teil der Strategie und der Unternehmensziele der Steiermärkischen Sparkasse. Die Umsetzung der Charta bewerten Vorstand und Betriebsrat jährlich gemeinsam und evaluieren sie bei Bedarf. Jeder Mitarbeiter erhielt sein persönliches Exemplar der Mitarbeiter-Charta.

Seit 1994 wurde die Steiermärkische Sparkasse fast jährlich mit einem Preis zur Familienfreundlichkeit ausgezeichnet. Die höchste Auszeichnung erhielt sie in 2012 mit dem Staatspreis „Familienfreundlichster Betrieb“, der insbesondere folgende Kriterien bewertet:

Arbeitszeit - Weiterbildung - Karenz und Wiedereinstieg - familienfreundliche Maßnahmen - Maßnahmen für Lehrlinge - betriebliche Gesundheitsförderung - Frauen- und Familienfragen - Unterstützung der Hospizbetreuung - Unterstützungspaket Beruf und Pflege. Nur Betriebe, die in Sachen Familienfreundlichkeit sehr breit aufgestellt sind, haben eine

Chance der Prämierung.

In der Steiermärkischen Sparkasse wurden folgende Maßnahmen honoriert:

- Flexible und verschiedenste Arbeitszeitmodelle für Voll- und Teilzeit
- Institutionalisierte Wiedereinstiegsprozess (Österreichisches best practice): Informationsmaterialien für werdende Mütter, Babypaket, halbjährliche ComeBack-Informationsveranstaltung, WiedereinsteigerInnen-Programm, „Papasabbatical“, laufender Kontakt während der Karenz
- Ganzheitliche Gesundheitsvorsorge für alle Mitarbeiter/innen: Gesundheitsförderungsmaßnahmen sind auf die körperliche, geistige, seelische und emotionale Ebene ausgerichtet
- Beruf und Pflege: Kooperation mit Hospizverein Steiermark; Karenzierungsmöglichkeiten, Rücksichtnahme bei Ausmaß und Lagerung der Arbeitszeit, Informationsmaterial inkl. Links auf Plattform „Beruf und Familie“
- Informationsplattform „Beruf und Familie“: Sammlung von Informationen, Unterlagen / Links zu den verschiedensten Themen rund um Beruf und Familie, wie z.B. Einkaufsvergünstigungen, Burnout-Prävention, Mutterschutz/Karenz, Work-Life-Balance, Suchtprävention, Kinder und Jugend u.v.m.
- Audit berufundfamilie: zertifiziert seit 2004
- Kinderbetreuung: Zusammenarbeit mit Kinderdrehscheibe, im Notfall können Kinder in den Betrieb mitgenommen werden
- Karenz: zusätzliches 3. Karenzjahr in der Elternkarenz mit Rückkehrgarantie

Viele Sparkassen sind erst am Beginn einer umfassenden Konzeption für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch sind aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten schon die ersten und kleinsten Maßnahmen wichtig und hilfreich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich einen attraktiven Arbeitgeber wünschen oder in einer persönlich nicht planbaren und meist völlig überraschend eintretenden Krisensituation Unterstützung durch ihren Arbeitgeber erhalten. Auch der so oft diskutierte Frauenanteil wird sicher schneller wachsen, wenn mehr Müttern und Berufsrückkehrern Angebote zur Verfügung stehen, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bringen.



Verbandstagung Sylt 2011

Im Jahr 2011 fand unsere jährliche Tagung und Mitgliederversammlung vom 22. bis 24. September erstmalig nicht am Sitz einer unserer MitgliedsSparkassen statt. Dies lag daran, dass gleich drei unserer schleswig-holsteinischen Sparkassen – die Bordesholmer Sparkasse AG, die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowie die Sparkasse Mittelholstein AG – gemeinsam als Gastgeber fungierten und als Tagungsort kurzerhand die wunderschöne Nordseeinsel Sylt wählten. Ein für Veranstaltungen dieser Größenordnung sicher ungewöhnlicher Ort, der besonders viele Vertreter der Mitgliedsinstitute unserer europäischen Nachbarn in den Norden Deutschlands lockte.

Bereits am Donnerstag Nachmittag trafen sich die ordentlichen Mitglieder des Verbandes zur Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung. Dort wurde unter anderem Dr. Nesemann für weitere drei Jahre als Präsident und Verbandsvorsteher bestätigt. Am Abend wurde die Tagung dann mit einem Galadinner im Ballsaal "MeerRaum" offiziell eröffnet. Dabei hieß der Kabarettist Manfred Degen die Gäste besonders willkommen und vermittelte den Teilnehmern den trockenen Humor der Insulaner. Am Freitag eröffnete der Präsident des Verbandes Freier Sparkassen, Dr. Tim Nesemann, die Arbeitstagung. Danach wurden die Teilnehmer von den Vor-

standsvorsitzenden der drei gastgebenden Sparkassen, den Herren Küfe, Stäcker und Buncke sowie dem Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein, Herrn Reinhard Boll, auf der Nordseeinsel Sylt herzlich willkommen geheißen. Den Abschluss der Begrüßungen übernahm der Bürgermeister der Stadt List auf Sylt. Er äußerte seine Freude darüber, dass so viele hochrangige Sparkassenvertreter aus Europa den Weg auf die Insel gefunden hätten und warb dafür, sich abseits der Veranstaltung ausreichend Zeit zu nehmen, das besondere Flair von Sylt kennenzulernen.

Es folgte der Lagebericht des Präsidenten der Freien Sparkassen. Zunächst ging Dr. Nesemann auf die Entwicklungen im Bereich Anlegerschutz ein. Zwar seien Sparkassen durch ihr Geschäftsmodell, das auf langjährige Kundenbeziehungen baut, per se Anhänger des Verbraucherschutzes. Allerdings mahnte Dr. Nesemann an, dass man sich in einigen Bereichen sehr stark der Überregulierung näherte. So müssten im Wertpapierbereich umfangreiche Aufklärungen und Protokollierungen durchgeführt werden, die aufgrund der Fülle an Informationen für die Kunden eher verwirrend denn aufklärend wirken. Der Präsident forderte die Politik auf, sich mit den Verbraucherverbänden und der Finanzindustrie an einen runden Tisch zu setzen und über die Beseitigung solcher Fehlstellungen zu sprechen.

Kritisch äußerte sich Dr. Nesemann auch zur bevorstehenden Umsetzung von Basel III in Europa. Für ihn führen die neuen Anforderungen in die falsche Richtung und schaffen genau die Fehlanreize, die man als Auslöser der Krise 2007 erkannt hatte und zukünftig verhindern wolle. Er machte dies an einigen Beispielen deutlich und schilderte in der Konsequenz, dass zukünftig eher die kleinen und regionalen Retailbanken wie Sparkassen und Genossenschaften mit den Vorgaben von Basel III zu kämpfen hätten, während die Verursacher der Krise – globale Investmentbanken und Institutionen aus dem Schattenbankenbereich – ohne größere Probleme zum „business as usual“ zurückkehren könnten. Der Präsident bedauerte, dass es in den letzten Jahren nicht gelungen sei, der Politik diese Problematik deutlich zu machen, um vor Umsetzung noch entsprechende Korrekturen einzuarbeiten.

Im Anschluss an den Bericht des Präsidenten gaben die Herren Netzel (Deutscher Sparkassen- und Giroverband), Aichinger (Präsident österreichischer Sparkassenverband), de Vicente (spanischer Spar-



Vlnr: Manfred Buncke, Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Mittelholstein AG; Dr. Harald Vogelsang, Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG; Dr. Markus Limberger, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Oberösterreich AG; Detlev Küfe, Vorstandsvorsitzender Bordesholmer Sparkasse AG; Frank Stäcker, Vorsitzender des Vorstandes Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG; Dr. Tim Nesemann, Vorsitzender des Vorstandes Die Sparkasse Bremen AG; Wolfgang Pötschke, Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse zu Lübeck AG

kassenverband CECA) und Dr. Häcki (AEK Bank 1826) den Tagungsteilnehmern einen Überblick in die Wettbewerbssituation in ihren Ländern. Besonders der Bericht über den Zustand der spanischen Sparkassen wurde mit Interesse verfolgt, aber auch die Ausführungen des CEOs unseres Schweizer Verbandsmitglieds brachte den Anwesenden den differenzierten Lösungsansatz bei der Bankenregulierung des größten europäischen Finanzplatzes außerhalb der EU näher.

Nach einer kurzen Pause folgte im Anschluss der Gastredner, der traditionell aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Kultur stammt. Herr Prof. Dr. Fouquet, Präsident der Kieler Christian-Abrechts-Universität, gab den Teilnehmern in seinem Vortrag „Sparsamkeit – ein Phänomen ‚rechten‘ Haushaltens in den Lebenswelten des Mittelalters“ einen interessanten Einblick darüber, dass Sparkassen zwar bereits auf 200 erfolgreiche Jahre zurückblicken können, die Idee des Sparens an sich aber bereits viel älter ist.

Der Vormittag endete mit einer Ehrung, die von Präsident Dr. Neumann vorgenommen wurde. Kommerzialrat Alois Hohegger, von 1983 an zunächst Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Wolfsburg, nach Fusion ab 1990 Mitglied des Vorstandes und ab 1999 Vorsitzender des Vorstandes der Kärntner Sparkasse, von 2005 bis 2010 zusätzlich Präsident des österreichischen Sparkassenverbandes und Mitglied im Präsidium der europäischen Sparkassenvereinigung, wurde für seine zahlreichen Verdienste um den Erhalt der Sparkassenidee mit der Verbandsehrennadel in Gold ausgezeichnet. Nach der Mittagspause folgte der im Vorjahr erstmalig durchgeführte „internationale Erfahrungsaustausch“. Die Grundlage für den Meinungsaustausch bildete ein Vortrag mit dem Titel „Stabilität durch Diversität? Internationale Finanzmärkte und



PD Dr. Heribert Dieter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin; University of Warwick, Großbritannien

die Risiken globaler Regulierung“ von Herrn Dr. Heribert Dieter, Mitglied der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und der Warwick Commission der University of Warwick, Großbritannien. Er berichtete in seinem Vortrag, dass die Warwick Commission bereits Ende 2009 den Versuch der einheitlichen globalen Regulierung als größte Gefahr für die weltweiten Finanzmärkte identifiziert hätten. So sorgte der Wunsch nach gleichen Wettbewerbsbedingungen dafür, dass Marktteilnehmer sich in der Regel meist auch gleich verhalten würden und somit Krisen verstärken könnten. Im Anschluss an den Vortrag wurde über die Ergebnisse der Studie und die aktuellen Regulierungsvorhaben intensiv diskutiert. Auch die anwesenden Pressevertreter hatten wieder die Gelegenheit, in einer Pressekonferenz Fragen an den Vorstand des Freien Verbandes zu richten. Die anschließende öffentliche Berichterstattung half dabei, die Anliegen und Standpunkte nach Außen zu vertreten.

Neben der Vortragsveranstaltung wurde auch wieder ein von den drei gastgebenden Sparkassen sehr gut organisiertes Rahmenprogramm geboten. Nach der Besichtigung des Erlebnis zentrums „Naturgewalten Sylt“, in der die Gäste einen anschaulichen Einblick in das besondere Ökosystem der Insel Sylt und des angrenzenden Wattenmeeres erhielten, bot eine anschließende Seefahrt reichlich Gelegenheit für Fachgespräche unter den Teilnehmern.



Ehrennadelverleihung an Kommerzialrat Alois Hohegger



Mitgliedssparkassen in Europa

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Stand: 31.12.2011

Sparkassen	Bilanz- summe Mio. EUR	Kredit- volumen 1) Mio. EUR	Gesamt- einlagen 2) Mio. EUR	Eigen- kapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bank- stellen 3)
Aktiengesellschaften						
Bordesholmer Sparkasse AG Bahnhofstraße 43-47 24582 Bordesholm	718	466	404	48	157	8
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG Markt 29, 25821 Bredstedt	547	432	188	41	98	2
Die Sparkasse Bremen AG Am Brill 1-3, 28195 Bremen	10 538	7 837	6 508	584	1 507	58
Hamburger Sparkasse AG Ecke Adolphsplatz/Gr. Burstah 20457 Hamburg	38 575	27 731	30 531	1 597	5 724	180
Sparkasse zu Lübeck AG Breite Straße 18-28, 23552 Lübeck	2 260	1 709	1 442	173	485	15
Sparkasse Mittelholstein AG Röhlingsplatz 1, 24768 Rendsburg	1 911	1 464	1 049	108	310	10
Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts						
Sparkasse Westholstein Dithmarscher Platz 2, 25524 Itzehoe	3 139	2 747	2 204	157	707	32
Insgesamt 7 Institute	57 688	42 386	42 326	2 708	8 988	305

1) Forderungen an Nichtbanken, Wechselkredite, Durchlaufende Kredite, Avale

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten

3) ohne Selbstbedienungs-Service-Stellen

Die ordentlichen Mitglieder

Erholung der Weltwirtschaft mit regionalen Unterschieden

Aus dem Konjunkturtal der Rezession Ende 2008/Anfang 2009 kommend setzte sich der Aufwärtstrend von 2010 zu Beginn des Jahres 2011 zunächst vielerorts fort, allerdings regional sehr unterschiedlich. Länder wie China, Indien oder auch die Türkei, die auch die weltweite Rezession ohne größere Blessuren in Form eigener Produktionseinbußen durchgestanden hatten und sich in den letzten Jahren durch die größten Wachstumsraten auszeichneten, blieben auch 2011 besonders stark. Aber auch in anderen Schwellenländern war die Dynamik weiter ungebrochen.

In den Industrieländern ging es für Nationen wie Japan oder Deutschland in erster Linie darum, verlorenen Stand wieder aufzuholen. Hier waren wegen der Exportorientierung in der Rezession besonders hohe Einbußen zu verkraften gewesen. Daher verzeichneten sie 2010 und Anfang 2011 auch den größten positiven Aufholungseffekt. Eine Kombination von Naturkatastrophen beendete diese Entwicklung in Japan im Frühjahr 2011. Davon war neben der menschlichen Tragödie die Produktion im Lande betroffen, so dass das BIP für das Jahr 2011 real unter dem Wert aus 2010 blieb. Über die verzweigten Logistikketten in bestimmten Branchen wie Automobilbau und Elektrotechnik gab es von Japan ausgehend auch weltweit spürbare Engpässe.

Die USA erzielten 2011 ein Wachstum von real etwa 1,7 %, was aber zu weiten Teilen starker wirtschaftspolitischer Stützung zu verdanken ist. Insbesondere die Geldpolitik ist im Dollarraum immer noch sehr expansiv. Der notwendige Konsolidierungsprozess hat auch aufgrund parteipolitischer Blockaden in den USA noch nicht richtig begonnen. Insgesamt leiden diejenigen Länder, die zuvor eine kreditgetriebene Blase aufwiesen, am hartnäckigsten unter den Folgen der Rezession. Dort bilden der strukturelle Anpassungsbedarf und die Arbeitslosigkeit auf längere Sicht ein Problem. Die Bilanzen des Privatsektors müssen erst wieder auf moderate Relationen zurückgeführt werden. Das steht neuer Expansion entgegen. Dies gilt in ähnlicher Form wie in den USA etwa auch für das Vereinigte Königreich und für Spanien.

In anderen Krisenländern des Euroraums sind vor allem die hohe Staatsverschuldung und die damit aufgekommenen Zweifel an deren Tragfähigkeit und die in der Folge stark gestiegenen Risikoprämien

ein Problem.

Am kritischsten ist die Lage in Griechenland. Das Land befindet sich wirtschaftlich gesehen in einem Teufelskreis. Es herrscht tiefe Rezession, daher brechen die durch ein marodes Fiskalsystem ohnehin schon niedrigen Steuereinnahmen weg und verursachen in Verbindung mit steigenden Sozialausgaben ein höheres Staatsdefizit und in der Folge neue Schulden. Die von der EU-Troika geforderten Einsparungen in den öffentlichen Haushalten wurden bislang hauptsächlich bei den Transferleistungen umgesetzt und führten sofort zu einem die Rezession noch verstärkenden Nachfragerückgang, was weitere Steuerausfälle zur Folge haben und die erneute Forderung nach Sparmaßnahmen hervorrufen dürfte. Daher ist es bis jetzt noch nicht gelungen, trotz aller Anstrengungen das Land zu stabilisieren.

Positiv ist zu vermelden, dass bei Portugal und vor allem Irland eine Besserung des Leistungsbilanzsaldos zu verzeichnen ist – ein wichtiges Indiz für die Wiedergewinnung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, deren Mangel und Ungleichgewichte ebenfalls Elemente der Krise im Euroraum sind.

Rückblick fällt in Deutschland positiv aus

Deutschland hat dagegen sein staatliches Finanzierungsdefizit dank der relativ guten konjunkturellen Erholung 2011 auf 1,0 % des Bruttoinlandsproduktes zurückführen können. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Grenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 % noch überschritten worden. Die Kapazitätsauslastung hat sich im Zuge der kräftigen Erholung recht schnell wieder normalisiert. Damit bestand dann auch wieder mehr Anlass für Investitionen zum Erhalt und zur Erweiterung der Produktionskapazitäten. Tatsächlich waren die Anlageinvestitionen (insgesamt 2011 real plus 6,5 %) sowohl bei den Ausrüstungen (plus 8,3 %) als auch bei den Bauten (plus 5,4 %) sehr dynamisch. Die Investitionstätigkeit hat 2011 seit längerem wieder den Export in den Zuwachsraten übertroffen und damit als Motor für das Wachstum der deutschen Wirtschaft abgelöst.

Der Export selbst lief zwar auch 2011 noch sehr gut (plus 8,2 %), doch legten zugleich auch die Importe (plus 7,2 %) deutlich zu. Damit wuchs der Außenbeitrag nur noch moderat. Gründe für die steigenden Importwerte sind zum einen die hohe Verzahnung der Wertschöpfungsketten in Europa und der



Weltwirtschaft. Denn viele Teile der deutschen Endprodukte stammen als Vorprodukte und Halbfertigwaren selbst aus dem Ausland, etwa aus Osteuropa. Zum anderen zeigt sich in den steigenden Importen die Nachfrage entfaltende relative Wachstumsstärke der deutschen Volkswirtschaft innerhalb Europas. Deutschland wird wieder stärker zu einer Konjunkturlokomotive für die Partnerländer und korrigiert durch die steigenden Importe die Spannungen und Ungleichgewichte im Euroraum. Der private Konsum (plus 1,5 %) blieb hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück, doch es ist begrüßenswert, dass er nach vielen Jahren der Stagnation erstmals wieder belebt werden konnte. Hierzu dürften die wieder gestiegene durchschnittliche Arbeitszeit, die gute Beschäftigung, damit einhergehend mehr Arbeitsplatzsicherheit und höhere Einkommen beigetragen haben. Die Sparquote als Anteil des Sparens der privaten Haushalte an ihrem verfügbaren Einkommen ist 2011 allerdings auch leicht auf 10,9 % (Vorjahr 11,3 %) gesunken. Der staatliche Konsum hat sich 2011 ebenfalls noch einmal erhöht (plus 1,2 %), allerdings nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete nicht mehr so stark wie noch 2010. Dieser graduelle Ausstieg aus der Stimulierung kam mit Blick auf den Zyklus gerade phasengerecht.

Märkte durch Staatsschuldenkrise in Turbulenzen

Im Sommer 2011 brachen die Aktienmärkte ein, verloren zwischen Juli und September vielerorts - so auch in Deutschland gemessen am DAX - ein Drittel ihres Wertes. Angeführt wurden die Verluste von Bankaktien, ausgelöst durch Befürchtungen um Ausfälle aus Staatsanleihen und neuen Rekapitalisierungsbedarf der Kreditinstitute. Tatsächlich gab es ab Herbst 2011 wieder Blockaden und Misstrauen am Interbankenmarkt. Die Lage erinnerte an die Situation nach der Lehman-Insolvenz drei Jahre zuvor. Viele Kreditinstitute parkten ihre Liquidität wieder bei der Europäischen Zentralbank, während andere Institute, vor allem aus den Krisenländern, in immer stärkerem Maße auf die Finanzierung durch die europäische Notenbank angewiesen sind. Als Konsequenz nahm die EZB ihre als Ausstieg aus der krisenbedingten Sondersituation vorgenommenen Leitzinsanhebungen zum Jahresende 2011 wieder zurück und teilte ihre Tendergeschäfte weiter voll zu. Außerdem wurde im Dezember die Mindestreservspflicht halbiert. Der in 2010 begonnene Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB wurde im zweiten Halbjahr 2011 noch einmal massiv ausgeweitet, worin Kritiker eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Notenbank sehen. Allerdings sind sie in

der verschärften Staatsschuldenkrise scheinbar das einzige kurzfristig funktionierende Instrument, das Explosionen von Risikoprämien verhindern kann, damit sich selbst erfüllende Prophezeiungen eines Staatsbankrotts nicht eintreten.

Preisniveau zieht an

Akute Inflationsgefahren drohen in der momentanen Konjunktursituation nicht. Die Preissteigerungsraten lagen 2011 zwar mit 2,7 % im Euroraum und 2,3 % in Deutschland über dem Zielniveau, bei Großhandels-, Erzeuger- und Einfuhrpreisen war der Druck zeitweise sogar noch höher, doch sind diese erhöhten Raten Einmaleffekten geschuldet, die nicht monetär verursacht sind. Hohe Energie- und Rohstoffpreise, allen voran wieder einmal der Ölpreis, haben 2011 ihre Spuren hinterlassen. Hinzu kamen Verbrauchssteuererhöhungen in manchen der Krisenländer, die dringend ihren Haushalt bereinigen mussten.

Weiter Aufschwung am Arbeitsmarkt - über 41 Mio. Erwerbstätige

Am deutschen Arbeitsmarkt hat sich trotz der wechselhaften Konjunktur auch 2011 der Besserungstrend fortgesetzt und übertraf sogar das schon gute Jahr 2010. Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung war 2010 zunächst noch geprägt von der Rückkehr zu normalen Arbeitszeiten und der Wiederauffüllung von Arbeitszeitkonten. Im Berichtsjahr wurden über 500.000 Personen neu eingestellt, so dass die Zahl der Erwerbstätigen auf nun über 41 Mio. Arbeitnehmer zulegen konnte. So viele Menschen gingen in Deutschland noch nie einer offiziellen produktiven Arbeit nach. Die Produktivität je Erwerbstätigem stieg um 1,6 %, je Arbeitsstunde um 1,2 %. Spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen 2011 im Vorjahresvergleich um 263.000. Die Quote verringerte sich auf 7,1 %.

Rahmenbedingungen

Die Bordesholmer Sparkasse AG betreibt als Sparkasse das Universalbankgeschäft und bietet ihren Kunden neben umfassender Betreuung in 8 Filialen mit 157 Mitarbeitern die komplette Palette von Finanzdienstleistungen an. Dazu arbeitet sie im Verbundgeschäft mit starken Partnern wie der LBS Schleswig-Holstein, der Hamburger Sparkasse AG sowie der HSH Nordbank und LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse GmbH zusammen.

Bedingt durch die Übernahme der Sparkasse St. Margarethen-Wacken ist das Filialnetz mittlerweile quer über das Bundesland Schleswig-Holstein verteilt. Im Bereich St. Margarethen-Wacken sowie in den Regionen Bordesholm und Flintbek ist man Marktführer, während die Bordesholmer Sparkasse im Kieler Umfeld sowie in Neumünster angesichts der starken Wettbewerbssituation lediglich als kleinerer Anbieter auftritt.

Westlich der Gemeinde Bordesholm, in der ca. 7.500 Menschen leben, liegt das Bordesholmer Dreieck, an dem die A 215 nach Kiel von der A 7 von Hamburg nach Flensburg abzweigt. Zusätzlich ist Bordesholm an die Schienenverbindung Hamburg-Kiel angeschlossen und damit für die Einwohner der Region verkehrstechnisch hervorragend vernetzt. Der Haupteinzugsbereich der Bordesholmer Sparkasse AG zählt auf 40 km² insgesamt ca. 15.000 Einwohner und ist damit eher dünn besiedelt. Daher bestimmen in der Region landwirtschaftliche Betriebe das Bild, verarbeitendes Gewerbe ist nur in geringem Umfang vorhanden.

Für die Bordesholmer Sparkasse AG steht eine qualifizierte Beratung – über alle Lebensphasen hinweg und auf die persönliche Situation des Kunden zugeschnitten – im Vordergrund. Um die steigenden Anforderungen der Kunden an die Beratung erfüllen zu können, werden die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Struktur und Leistungsangebot der bestehenden Vertriebswege ständig optimiert. Leistungsfähige Produkte, ein klarer „best-advice-Ansatz“ und Wahlfreiheit beim Zugangsweg – über Filialen, Telefon oder Internet – sind für die Bordesholmer Sparkasse AG selbstverständlich. Dabei stehen der persönliche Kontakt und die Nähe zum Kunden als grundlegende Basis für eine erfolgreiche und vertrauensvolle Geschäftsverbindung im Vordergrund.

Das Geschäftsjahr 2011

Für die Bordesholmer Sparkasse AG stand im

Berichtsjahr wie in den Vorjahren die Steigerung der Vertriebskraft im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Als Vertriebs Sparkasse hat unser Mitgliedsinstitut seine Aktivitäten konsequent an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet, um so die Kundenbeziehungen weiter zu intensivieren. Der Erfolg dieser Bemühungen spiegelt sich in vielen Bilanzpositionen wider.

Die Bilanzsumme stieg leicht auf 718,1 Mio. EUR (+2,3 %) und das Geschäftsvolumen stieg auf 730,6 Mio. EUR (+2,5 %), was insbesondere auf die deutliche Erhöhung der Forderungen an Kunden sowie auf die Erhöhung des Rentenbestandes zurückzuführen ist. Die Forderungen an Kunden nahmen im Berichtsjahr deutlich um 40,7 Mio. EUR oder 9,6 % auf 465,9 Mio. EUR zu. Der Bestand an Forderungen gegenüber Kreditinstituten blieb auf dem geringen Niveau des Vorjahres von 219 TEUR. Das Kundenkreditgeschäft entwickelte sich damit zwar unter Plan, jedoch deutlich positiver als der Durchschnitt der Sparkassen im Lande, der auf Vorjahresniveau verharrte. Träger des Kreditwachstums waren die privaten Kredite. Eine starke Nachfrage war insbesondere im Wohnungsbaufinanzierungsbereich zu verzeichnen, während die Nachfrage im gewerblichen Kreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr rückläufig war.

Das Gesamtmittelaufkommen von Kunden (einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten und nachrangiger Verbindlichkeiten) expandierte in einem



René Schinke, Mitglied des Vorstandes und Detlev Küfe, Vorstandsvorsitzender



unverändert hart umkämpften Markt gegenüber dem Vorjahr außerordentlich stark um 31,0 Mio. EUR oder 8,1 % auf 412,2 Mio. EUR. Die Kundeneinlagen entwickelten sich damit ebenfalls deutlich positiver als der Durchschnitt der Sparkassen im Lande. Die Spareinlagen erhöhten sich um 16,2 Mio. EUR, die täglich fälligen Verbindlichkeiten stiegen um 10,1 Mio. EUR und die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist um 11,7 Mio. EUR. Die langfristigen Inhaberschuldverschreibungen ermäßigten sich hingegen um 1,8 Mio. EUR und die nachrangigen Verbindlichkeiten um 5,3 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich Ende 2011 auf 231,8 Mio. EUR (Vorjahr: 259,2 Mio. EUR) und dienen der Refinanzierung des Aktivgeschäftes und der Steuerung der Zinsänderungsrisiken. Der Abbau der Bankenverbindlichkeiten entsprach 2011 dem strategischen Zielpfad.

Die Bordesolmer Sparkasse AG hat in 2011 mit 6,5 Mio. EUR ein gutes Betriebsergebnis vor Bewertung erreicht, das nur knapp unter dem ursprünglichen Planwert für 2011 liegt.

Angesichts des sehr volatilen Jahres 2011 wird das erreichte Betriebsergebnis vor Bewertung als Erfolg angesehen. Der Zinsüberschuss sowie die laufenden Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

sanken um 533 TEUR auf 15,8 Mio. EUR, was vor allem auf die sich weiter verengenden Zinskurven zurückzuführen ist. Durch diese Marktentwicklung verringern sich – wie im gesamten Kreditgewerbe – die erzielbaren Fristentransformationsbeiträge erheblich. Der dennoch gute und gegenüber dem Planwert höhere Zinsüberschuss konnte insbesondere durch aktive Zinsergebnissteuerungsmaßnahmen im Bereich der Eigenanlagen erreicht werden. Der Provisionsüberschuss sank leicht um 128 TEUR auf 3,9 Mio. EUR.

Während die Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben sind (+81 TEUR), gab es bei den Sachaufwendungen eine deutliche Steigerung um 1 Mio. EUR auf 13,3 Mio. EUR. Ursächlich dafür waren deutlich höhere Kreditvermittlungsprovisionen an Dritte, höhere Kosten für Projekte unter Einbindung externer Berater, ungeplante Kosten für die Personalrekrutierung sowie Kosten für Renovierungs- und Erhaltungsaufwendungen im Immobilienbereich.

Der Bewertungsaufwand für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Wertpapiere und Beteiligungen blieb mit 4,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Dabei fiel der Bewertungsaufwand bei den Wertpapieren und im Kundenkreditgeschäft deutlich niedriger aus als erwartet. Belastet wurde das Bewertungsergebnis jedoch durch notwendige Abschreibungen auf Beteiligungen, die die Sparkassenorganisation selbst betreffen und in dieser Höhe nicht erwartet wurden.

Trotz der belastenden Sonderfaktoren ergab sich für das Geschäftsjahr 2011 noch ein minimaler Bilanzgewinn von 12 TEUR (Vorjahr: 1,5 Mio. EUR), der von der Bordesolmer Sparkasse insgesamt als nicht zufriedenstellend bewertet wurde. Da unser Mitgliedsinstitut gemäß Solvabilitätsverordnung über eine komfortable Eigenkapitalquote in Höhe von 15,9 % verfügt, ist man dennoch weiterhin gut aufgestellt, um die Geschäftsregion auch zukünftig mit allen Finanzdienstleistungen versorgen zu können. Die Cost-Income-Ratio betrug per Jahresresultimo 2011 67,3 % nach 59,6 % im Vorjahr.

Rahmenbedingungen

Mitten in der Region Nordfriesland ist die mit 5.000 Einwohnern kleine Stadt Bredstedt gelegen. Da dieser Landstrich Schleswig-Holsteins dünn besiedelt ist und vor allem landwirtschaftlich genutzt wird, hat die Finanz- und Weltwirtschaftskrise die Region nur bedingt getroffen. Durch die Nähe zu den Nordseeinseln und Halligen ist der Tourismus eine der Hauptbranchen in der Region, erwirtschaftet 20 % des Volkseinkommens an der Westküste und beschäftigt 25.000 Arbeitskräfte. Bredstedt selbst ist Luftkurort seit 2001 und durch seine zentrale Lage ein idealer Ausgangspunkt für Urlauber.

Zudem ist Nordfriesland auch für Unternehmen ein idealer Standort. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien – insbesondere der Windkraft – hat die Region in Deutschland eine Vorreiterrolle eingenommen. Mehr als 5.500 Arbeitnehmer sind in Schleswig-Holstein in der Windkraftbranche tätig und es hat sich ein bundesweit einmaliges Branchencluster mit Zentralen der namhaften Windkraftanlagenhersteller sowie weiteren zugehörigen Betrieben etabliert. Durch die Nähe der Region zu vier schon genehmigten und weiteren fünf geplanten Offshore-Windparks besteht die begründete Hoffnung, dass sich in naher Zukunft weitere Unternehmen in Nordfriesland ansiedeln. Aus Zeit- und Kostengründen ist es notwendig, dass am Offshore beteiligte Unternehmen in direkter Nähe zu den Errichtungsplätzen der Meereswindparks agieren können. Daher stehen die Chancen gut, dass sich auch in den kommenden Jahren neue Zulieferer, Dienstleister und Serviceunternehmen für die Windbranche in Nordfriesland niederlassen und der Region weitere Arbeitsplätze bringen.

Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG betreibt ihre Geschäfte als Universalbank im Kreis Nordfriesland und in den angrenzenden Kreisen. Mit ihren 98 Mitarbeitern in 2 Filialen bietet sie ihren Kunden die komplette Produktpalette einer modernen Universalbank an. Möglich macht dies die Zusammenarbeit im Verbund mit der LBS Schleswig-Holstein, DekaBank, Provinzial NordWest sowie der Hamburger Sparkasse AG.

Durch die starke Präsenz der Windenergiebranche in der Region ist unser Mitgliedsinstitut in den letzten Jahren verstärkt im Bereich der Finanzierung regenerativer Energien tätig gewesen. Dies führte leider in der Konsequenz im Berichtsjahr 2011 zu einer Beeinträchtigung der Geschäftsentwicklung, die auch Auswirkungen für die Folgejahre haben wird.

Das Geschäftsjahr 2011

In der Vergangenheit war die Geschäftsentwicklung des Hauses durch eine Strategie starken Wachstums im Kundenkreditgeschäft, insbesondere im Geschäftsfeld Erneuerbare Energien, geprägt, was zu einer entsprechenden Branchenkonzentration und einer Häufung großteiliger Engagements geführt hat. Dieses hohe Wachstum wurde in der Vergangenheit nicht ausreichend durch qualitativ und quantitativ entsprechend ausgebauten Prozesse in den Marktfolgebereichen unterstützt und führte in der Folge im Berichtsjahr zu stärkeren Verlusten aus hohen Bewertungsaufwendungen im Kundenkreditgeschäft.

Im Oktober 2011 wurde der Vorstand daher übergangsweise durch eine neue Geschäftsleitung ersetzt, die kurzfristig umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Sparkasse in die Wege leitete. Zur Stabilisierung der Prozesse im Kreditgeschäft und im Risikomanagement wurden umgehend die Unterstützung von Partnersparkassen und Dienstleistungsunternehmen eingeholt sowie Maßnahmen der Personalakquisition umgesetzt. Darüber hinaus erfolgte eine geschäftliche Neuausrichtung mit dem Ziel einer Konsolidierung des Geschäftsvolumens. Insgesamt blickt die Sparkasse auf ein nicht zufrieden stellendes Geschäftsjahr 2011 zurück. Die Geschäftsentwicklung wurde maßgeblich durch hohen Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft sowie erhöhten Aufwand infolge organisatorischer Maßnahmen zur Restrukturierung bestimmt.

Ausblick auf das Jahr 2012

Nachdem Verhandlungen über eine Fusion mit einer anderen Sparkasse Ende Januar 2012 ohne Ergebnis beendet wurden, beschlossen die Eigentümer eine umfassende Restrukturierung des Geschäftsmodells. Der bisherige Minderheitsaktionär, die HASPA Finanzholding, stockte seine Beteiligung auf 50 % auf, die restlichen Anteile übernahm der Sparkassenverband Schleswig-Holstein. Als Maßnahme zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung stellten beide Anteilseigner zusammen 20 Mio. EUR an frischem Kapital zur Verfügung und übertrugen per 1.7.2012 die Geschäftsleitung einem neuen Vorstand, der bereits viele Jahre erfolgreich eine Sparkasse geführt hatte. Damit ist das Institut wieder ausreichend kapitalisiert und verfügt wieder über die fachliche Expertise, um den Restrukturierungsprozess erfolgreich bewerkstelligen zu können.

Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftsleistung in Bremen folgte dem positiven Trend der gesamtdeutschen Entwicklung und steigerte sich in der ersten Jahreshälfte 2011 um real 4,1 % – konnte aber diesen Verlauf bis Jahresende nicht vollumfänglich halten. Die bremischen Unternehmen zeigten sich im Berichtsjahr investitionsfreudig. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging weiter zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um etwa 3 %. Treibende Kraft waren die Industrie – mit real zweistelligen Zuwachsraten bei Umsatz und Beschäftigung – sowie die Hafen- und Logistikwirtschaft. Der Gesamtumschlag der bremischen Häfen legte allein bis September um 18 % auf mehr als 60 Mio. t zu. Für Bremen als Wirtschaftsstandort mit hoher Außenhandelsverflechtung ist die Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise von herausragender Bedeutung. Ein verschärfter Pakt, nationale Schuldenbremsen in allen Eurostaaten, stabilere Finanzmärkte und die bessere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik sind wichtige zentrale Aufgaben, die zügig angegangen werden müssen. In diesem Spannungsfeld muss Bremen beständig in den Ausbau der Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur investieren, um die zukunftssträchtigen technologischen Spitzencluster aus Wirtschaft und Wissenschaft in der Stadt weiter zu befördern.



Joachim Döpp, Mitglied des Vorstandes; Thomas Fürst, Mitglied des Vorstandes; Dr. Tim Neemann, Vorsitzender des Vorstandes; Dr. Heiko Staroßom, Mitglied des Vorstandes; (v.l.n.r.)

Während sich die Realwirtschaft vielfach sehr robust gezeigt hat, sorgte auch in Bremen die Schuldenkrise einiger Staaten der Eurozone für erhebliche Verunsicherung. In diesem Umfeld hat sich die Sparkasse Bremen gut behauptet. Sowohl im Privat- wie auch im Firmenkundengeschäft konnte sie an Vertrauen hinzugewinnen und hat ihre starke Marktposition erneut gefestigt.

Die jüngste Untersuchung von TNS Infratest zeigt, dass sich jeder zweite Bremer bei Finanzdienstleistungen für die Sparkasse Bremen entscheidet. Auch für den bremischen Mittelstand ist die Sparkasse der bevorzugte Partner. Dieses Vertrauen ist für die Sparkasse Bremen Ansporn und Verpflichtung zugleich. Man hat daher im vergangenen Jahr die Qualität der Beratung weiter verbessert und sich einer Reihe externer Testverfahren gestellt. So sind z.B. erstmals die Beratungsleistungen im Privatkundengeschäft vom TÜV zertifiziert worden und man wurde bereits im dritten Jahr von „Focus-Money“ im Wettbewerb mit sechs anderen Finanzdienstleistern zum Bremer Testsieger bei den Beratungsleistungen erklärt. Die Sparkasse Bremen wird auch zukünftig – in einer sich immer schneller wandelnden und komplexeren Welt – als verlässlicher und kompetenter Partner an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger der Wirtschaftsregion stehen. Es gehört dabei zu ihrem Selbstverständnis, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg der Lebensqualität der Bremerinnen und Bremer zugute kommt. Deshalb hat sich die Sparkasse Bremen auch in 2011 unvermindert engagiert für die Kunst, den Sport, Bildung und Wissenschaft, für die Umwelt, für soziale Projekte sowie für die Erhaltung des kulturellen Erbes der Stadt.

Das Geschäftsjahr 2011

Als Folge der verstärkten europäischen Staatsschuldenkrise sowie der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre war auch das Jahr 2011 durch eine angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation gekennzeichnet. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung setzte jedoch ihre im Vorjahr begonnene konjunkturelle Erholung fort. Neue gesetzliche Anforderungen, umzusetzende Maßnahmen des Verbraucherschutzes, hoher Wettbewerbsdruck und einbrechende Finanzmärkte in der zweiten Jahreshälfte belasteten die Geschäftstätigkeit der Sparkasse Bremen spürbar. Vor dem Hintergrund dieses weiterhin schwierigen Marktumfeldes

konnte die Sparkasse Bremen mit bedarfsorientierten Dienstleistungen und attraktiven Produkten überzeugen und blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück. Die Bilanzsumme verringerte sich um 0,6 % auf 10,5 Mrd. EUR.

Die Gesamtforderungen an Kunden lagen Ende 2011 bei 8,3 Mrd. EUR. Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden lag mit 5,3 Mrd. EUR erneut über Vorjahresniveau (5,2 Mrd. EUR). Diese Bestandsentwicklung im Firmenkundengeschäft ist für die Sparkasse Bremen vor dem Hintergrund des gegenwärtig starken Wettbewerbs um bonitätsstarke Firmenkunden ein hervorragendes Ergebnis. Die Kredite an Privatkunden bewegten sich mit 2,6 Mrd. EUR leicht über Vorjahresniveau. Die positive Entwicklung im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft – nicht zuletzt durch die kundennahe Etablierung des Immobiliencenters – war ursächlich für die Steigerung. Gegenläufig wirkte der als Gemeinschaftsprodukt der Sparkassenorganisation vermittelte S-Privatkredit, der mit einer Verschiebung von Bestands- zu Provisionsgeschäft einhergeht. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich stichtagsbezogen um 34,4 % auf 1,2 Mrd. EUR. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der unterjährigen Reduzierung der Wertpapierbestände und der hierdurch freigesetzten Liquidität.

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich zum Jahresende um 2,1 % auf 6,9 Mrd. EUR. Während sich die befristeten Einlagen mit 1,0 Mrd. EUR deutlich erhöhten, reduzierten sich die Spareinlagen abermals um 0,1 Mrd. EUR auf 2,9 Mrd. EUR. Positiver als prognostiziert war die Bestandsentwicklung im Bereich der täglich fälligen Einlagen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. EUR auf nun 2,7 Mrd. EUR erhöhten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen um 7,8 % auf 2,6 Mrd. EUR ab.

Die Ergebnisentwicklung war auch in 2011 beeinflusst durch die weiterhin angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation. Im Kundengeschäft führte die anhaltende konjunkturelle Erholung dagegen zu einer erfreulichen Ergebnisentwicklung.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,7 % bzw. 20,4 Mio. EUR auf 252,5 Mio. EUR. Einem um 22,5 Mio. EUR auf 448,8 Mio. EUR erhöhten Zinsertrag stand ein nur leicht erhöhter Zinsaufwand (2,2 Mio. EUR auf 196,3 Mio. EUR) gegenüber. Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Positive Entwicklungen konnten insbesondere bei den Provisionen im Giroverkehr und im Darlehensgeschäft verzeichnet werden. Rückläufig entwickelten sich



dagegen die Provisionen im Wertpapiergeschäft, aber auch im Versicherungsgeschäft infolge deutlicher Kundenzurückhaltung bei der privaten Vorsorge. Trotzdem konnte mit 55,8 Mio. EUR ein Provisionsüberschuss auf Vorjahresniveau erzielt werden und war damit für das Institut ein gutes Ergebnis. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % bzw. 2,7 Mio. EUR auf 92,6 Mio. EUR. Diese Aufwandsentwicklung resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Belastungen im Bereich der Versorgungsleistungen infolge des geringer als erwartet ausgefallenen Bewertungszinses für Pensionsrückstellungen. Der Sachaufwand zeigte weiterhin eine rückläufige Tendenz und verringerte sich im Vergleich zu 2010 um 1,2 % bzw. 1,2 Mio. EUR auf 97,0 Mio. EUR. Diese positive Entwicklung resultiert aus abgeschlossenen und laufenden Aktivitäten zur Kosten- und Prozessoptimierung, die bereits zu nachhaltigen Kosteneffekten führten. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit Dienstleistern wider, die hauptsächlich Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

Die negative Ergebnisentwicklung beim Nettoergebnis des Handelsbestandes in Höhe von 10,1 Mio. EUR steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten. In deren Folge wurden im Wertpapierbestand Risikopositionen unter Inkaufnahme von Verlusten geschlossen und damit weitere Kursrisiken begrenzt. Dadurch verringerte sich der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. EUR auf 21,9 Mio. EUR, von denen 21,3 Mio. EUR zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Die Cost-Income-Ratio konnte im Berichtsjahr auf 67,5 % nach 69,4 % im Jahr 2010 gesenkt werden, die aus der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 4,8 % (Vorjahr 5,4 %).

Rahmenbedingungen

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2011 um 2,1 % gegenüber dem vorjahreszeitraum, das sind 1,8 % weniger als im Bundesdurchschnitt. Das im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Wachstum erklärt sich durch die Wirtschaftsstruktur. Der Wachstumsrückgang während der Wirtschaftskrise war im dienstleistungsgeprägten Bundesland Hamburg nicht so stark wie in anderen eher industriell geprägten Bundesländern.

Das zwar abgeschwächte, aber deutliche Wirtschaftswachstum Hamburgs im ersten Halbjahr 2011 resultierte zu einem Großteil aus dem Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe. Hier zeigten sich für Hamburg beachtliche Zuwachsraten, die allerdings geringer als in den anderen Bundesländern ausfielen. Das Hamburger Baugewerbe zeigte dagegen im Vergleich der Bundesländer eine weitaus dynamischere Entwicklung. Hamburgs Wirtschaft ist durch einen hohen Anteil an Dienstleistungsbranchen gekennzeichnet, die insgesamt im ersten Halbjahr 2011 wie auf Bundesebene ein verhaltenes Wachstum zeigten.

Das Hamburger Konjunkturbarometer der Handelskammer hat im dritten und vierten Quartal 2011 gezeigt, dass deutlich mehr der befragten Unternehmen ihre Geschäftslage als gut denn als schlecht beurteilen. Die Personal- und Investitionsplanungen sind weiterhin expansiv ausgerichtet. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in Hamburg 2011 um rund 3,0 % zugenommen haben. Dass Hamburgs Wirtschaft weiterhin wächst, zeigt zudem die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes. Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 72.500 Hamburger arbeitslos gemeldet, ein Rückgang um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist um 1,1 % gestiegen.

Nach Frankfurt ist Hamburg einer der bedeutend-

sten Finanzplätze in Deutschland - für Norddeutschland ist er der wichtigste. Die in Hamburg ansässigen Kreditinstitute beschäftigen hier rund 25.000 Menschen. Damit ist das Kreditgewerbe ein großer Arbeitgeber in der Hansestadt. Wie die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt standen auch alle Hamburger Kreditinstitute angesichts der hohen Unsicherheit an den Finanzmärkten aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise, zunehmender Regulierung und intensiven Wettbewerbs weiterhin vor großen Herausforderungen. Der Hamburger Bankenplatz hat sich jedoch insgesamt als stabil erwiesen. Die Haspa konnte ihren Wachstumskurs mit der Gewinnung von Neukunden, Einlagen- und Kreditwachstum in einem anspruchsvollen Umfeld fortsetzen. Die gute Position am Hamburger Bankenplatz zeigt sich auch in der Marktdurchdringung, die mit mittlerweile gut 5.700 Mitarbeitern und über 250 Filialen und Kunden-Centern erreicht wird.

Das Geschäftsjahr 2011

Aufgrund der erfreulichen Geschäftsentwicklung stieg die Bilanzsumme im Jahr 2011 auf knapp



Vorstandssprecher Dr. Harald Vogelsang



Dr. Wolfgang Botschatzke,
Mitglied des Vorstandes



Frank Brockmann,
Mitglied des Vorstandes



Reinhard Klein,
stellv. Vorstandssprecher

38,6 Mrd. EUR an. Dies entspricht einem Zuwachs von gut 0,3 Mrd. EUR beziehungsweise 0,9 %. Damit bleibt die Haspa nach wie vor die größte Sparkasse Deutschlands. Der Bilanzsummenzuwachs ist insbesondere auf eine erwartete positive Entwicklung des Kundengeschäfts zurückzuführen, so dass sich auch die Bilanzstruktur weiter verbessert hat und noch stärker durch das Kerngeschäft der Hamburger Sparkasse geprägt wird.

Die Forderungen an Kunden haben sich im Berichtsjahr deutlich erhöht und sind das Ergebnis von weiter günstigen Entwicklungen der Neuzusagen. Mit über 7,4 Mrd. EUR konnte hier erneut ein hoher Wert erreicht werden, ohne dabei die Risikobetrachtung gelockert zu haben. Die deutliche Kreditnachfrage zeigte sich insbesondere bei den Geschäftskrediten, die um über 1 Mrd. EUR beziehungsweise knapp 20 % auf rund 6,5 Mrd. EUR zugenommen haben. Auch der Bestand der Baufinanzierungen wuchs um weitere knapp 0,5 Mrd. EUR auf 18,8 Mrd. EUR nach einem bereits sehr starken Anstieg im Vorjahr. Hier lag das Volumen der Neuzusagen insgesamt wie im Vorjahr bei 5,3 Mrd. EUR. Von den rund 20.000 Verträgen entfallen dabei über 95 % auf das Geschäft mit privaten Baufinanzierungen. Damit konnte unser Mitgliedsinstitut wieder einer Vielzahl von Hamburgern zum privaten Eigenheim verhelfen.

Auf der Passivseite zeigt sich der Bilanzsummenanstieg insbesondere in erfreulich erhöhten Kundengeldern. Hier führte das Vertrauen der Kunden zu einer Ausweitung um über 0,3 Mrd. EUR oder 1 %, so dass sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 27,4 Mrd. EUR erhöht haben. Die Spareinlagen haben um gut 250 Mio. EUR auf über 6 Mrd. EUR zugenommen. Dieser Anstieg ist auf eine deutliche Zunahme beim Festzinssparen zurückzuführen. Hier ist die Hamburger Sparkasse dem Bedürfnis ihrer Kunden nach mehr Sicherheit mit Maßnahmen entgegengekommen, die attraktive Konditionen für eine feste Laufzeit geboten haben. Bei den anderen Verbindlichkeiten ergibt sich ein leichter Anstieg. Dabei sind die täglich fälligen Einlagen um 0,3 Mrd. EUR auf über 13 Mrd. EUR angestiegen. Das Jahresergebnis der Haspa liegt bei 80 Mio. EUR und damit 1 Mio. EUR über dem Vorjahr. Im Einzelnen stehen um 6 Mio. EUR erhöhten Erträgen um 32 Mio. EUR gestiegene Aufwendungen – auch infolge der IT-Migration der Hamburger Sparkasse – gegenüber. Damit liegt das Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Vorjahres. Dieses wird im Weiteren durch ein spürbar günstigeres Bewertungsergebnis sowie geringere Steuerauswendungen überkompensiert, so dass unser Mit-



gliedsinstitut insgesamt ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielen konnte.

Der Zinsüberschuss lag mit 770 Mio. EUR marginal über dem bereits hohen Vorjahresniveau. Hier konnten sowohl die aktivischen als auch die passivischen Bestände ausgeweitet und damit der Grundstein für zukünftige Erfolge gelegt werden. Daneben fällt der Fristentransformationsbeitrag für das Geschäftsjahr positiv aus, liegt jedoch unter dem Wert des Vorjahres. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich aufgrund der Unsicherheiten am Kapitalmarkt im Wesentlichen Rückgänge bei den Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft. Die Beiträge der weiteren Provisionen haben sich in Summe leicht positiv entwickelt, so dass der Provisionsüberschuss insgesamt trotz des schwierigen Marktumfelds nur leicht um knapp 2 % oder rund 4 Mio. EUR auf 235 Mio. EUR zurückging.

Der Aufwand hat sich in Summe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4 % auf rund 779 Mio. EUR erhöht. Dabei ist der Personalaufwand nur wie erwartet moderat um gut 7 Mio. EUR oder 2 % auf 347 Mio. EUR gestiegen, da verschiedene zentrale Personalaufwandspositionen geringer ausfielen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um gut 5 Mio. EUR auf knapp 92 Mio. EUR. Zum einen zeigten sich hier die Aufwendungen aus der jährlichen Neuberechnung der Pensionsrückstellungen leicht erhöht, zum anderen belastete auch die erstmalig abgeführte Bankenabgabe die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um knapp 2 Mio. EUR.

Insgesamt liegt das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit gut 159 Mio. EUR auf einem hohen Niveau. Gegenüber dem Vorjahr ist es um 8 Mio. EUR oder knapp 5 % gesunken. Per 31.12.2011 beträgt die Gesamtkapitalquote der Hamburger Sparkasse AG 9,4 %. Die Gesamtkapitalquote der HASPA-Gruppe liegt mit rund 12,7 % auf einem weiterhin komfortablen Niveau.

Rahmenbedingungen

Die Nähe zur Metropolregion Hamburg und die exponierte Lage an der Ostsee zeichnen die Hansestadt Lübeck aus. Diese Faktoren, in Kombination mit den Kostenvorteilen des Seetransportes, haben Lübeck zum drittgrößten Universalhafen Deutschlands werden lassen. Durch die fortschreitende Spezialisierung des Hafenumschlags ist Lübeck zum logistischen Zentrum für den Papier- und Zellulosebereich in Europa geworden. Mit dem Elbe-Lübeck-Kanal verfügt die Hansestadt als einziger Ostseehafen über eine direkte Anbindung an das europäische Binnenwasserstraßennetz. Daneben komplettieren eine gute straßenverkehrliche Erschließung mit den Autobahnen A1 und A20 sowie der Flughafen Lübeck-Blankensee das Potenzial des Logistikstandortes Lübeck.

Neben der Logistik ist der Tourismus ein weiteres Standbein der Region. Die vom Wasser umschlossene Altstadt gehört zum UNESCO-Welterbe und lockt, wie die unmittelbare Nachbarschaft zu Travemünde und Timmendorfer Strand, jedes Jahr zahlreiche Touristen in die Hansestadt. In den letzten Jahren wurde in Lübeck verstärkt in die Verbesserung der Infrastruktur für die Medien- und die IT-Branche investiert und so siedelten sich zahlreiche Call-Center-Firmen in Lübeck an, da Büromieten und Löhne im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ niedrig sind.

Konsequent und nachhaltig trägt die Sparkasse die Entwicklung der Stadt Lübeck seit nunmehr fast

zwei Jahrhunderten mit und zeigt auf vielfältige Weise Engagement. Seit 2008 wird zusammen mit der Universität zu Lübeck und dem Techniktransferzentrum im Zwei-Jahres-Rhythmus der Uni-Gründerpreis ausgelobt. Mit dem Preisgeld, das die Sparkasse hierfür bereitstellt, werden attraktive Gründungskonzepte aus der Universität bzw. dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ausgezeichnet.

Auch die Bewerbung Lübecks um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ wurde von Anfang an befürwortet, indem die Sparkasse zu Lübeck damit einhergehende Projekte finanziert hatte. Neben dem Technikzentrum an der Seelandstraße mit seinen dortigen zehn Gebäuden wurde der Bau des Wissenschafts- und Technologieparks mit dem attraktiven Multifunktionscenter (MFC) begleitet.

Am Lübecker Bankenmarkt zählt die Sparkasse weiterhin zu den Marktführern und steht mit fast 500 Mitarbeitern in 23 Geschäftsstellen ihren Kunden als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung. Unabhängig vom klassischen Finanzdienstleistungsgeschäft bringt die Sparkasse zu Lübeck ihre Verbundenheit zur Hansestadt Lübeck immer wieder durch umfangreiche Spenden- und Sponsoringmaßnahmen für gemeinnützige Institutionen zum Ausdruck. Zahlreiche Vorhaben in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales wurden vergangenes Jahr mit 240 TEUR unterstützt.

Die betriebswirtschaftliche Entwicklung und das Geschäftsergebnis spiegeln auch 2011 die stabile Wirtschaftslage der Sparkasse zu Lübeck wider. Mit einer Bilanzsumme von rd. 2,26 Mrd. EUR, einem Kreditvolumen von mehr als 1,7 Mrd. EUR und einem Rekordergebnis an Darlehenszusagen von über 300 Mio. EUR blickt man bei der Sparkasse auf ein gutes Jahr 2011 zurück. Trotz steuerrechtlich nicht abzugsfähiger Belastungen aus indirekten Beteiligungen an der HSH Nordbank AG und der Landesbank Berlin Holding AG konnte wie im Vorjahr ein Jahresüberschuss von 6,5 Mio. EUR ausgewiesen werden.

Darüber hinaus war es unserem Mitgliedsinstitut möglich, im Vorgriff auf die zu erwartenden strengeren Eigenkapitalanforderungen nach Basel III, sein Kapital weiter zu stärken. Mit 10,6 % der risikogewichteten Aktiva liegt die Kernkapitalquote nach Zuführung deutlich über der ab 2013 geltenden Mindestanforderung von 4,5 %.



Wolfgang Pötschke, Vorsitzender des Vorstandes; Frank Schumacher, Mitglied des Vorstandes

Das Geschäftsjahr 2011

Die Situation im Kreditgewerbe allgemein, wie auch am Lübecker Bankenmarkt, ist durch einen starken Wettbewerb bei weiter zunehmender Regulierung gekennzeichnet. Insbesondere ist eine zum Teil aggressive Konditionspolitik im Einlagengeschäft seitens der Wettbewerber festzustellen. Angesichts dieses Umfeldes kann die Sparkasse im operativen Geschäft – auch im Vergleich zu den Sparkassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet – auf ein befriedigendes Geschäftsjahr 2011 zurückblicken. Die Bilanzsumme betrug zum Jahresende rund 2.260,2 Mio. EUR und stieg im Vergleich zum Vorjahr (2.212,2 Mio. EUR) um 48,0 Mio. EUR. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) stieg um 2,8 % oder 68,1 Mio. EUR auf 2.467,2 Mio. EUR. Zur Stärkung des Kernkapitals wurde ein Teil der Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 25,0 Mio. EUR dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Dies erfolgte im Hinblick auf die künftig strengeren Regulierungsmaßnahmen nach Basel III ab 2013. Das Kreditvolumen an Kunden erhöhte sich trotz hoher Tilgungsquoten gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % auf 1.708,7 Mio. EUR. Der Anstieg basierte im Wesentlichen auf der Ausweitung der langfristigen Forderungen an Unternehmen und Selbständige sowie an Privatpersonen. Bei den Forderungen gegenüber Unternehmen und Selbständigen kam es dagegen zu einem Bestandsabbau im kurz- und mittelfristigen Laufzeitband. Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und begebenen Schuldverschreibungen (einschließlich der nachrangigen Mittelaufnahmen) erhöhte sich auf 1.442,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1.389,7 Mio. EUR). Die Erhöhung ist auf die Bestandsausweitung bei den Kundeneinlagen zurückzuführen. Der Zuwachs beruhte dabei auf gestiegenen täglich fälligen Verbindlichkeiten (41,7 Mio. EUR auf 698,0 Mio. EUR), Termingeldern (11,2 Mio. EUR auf 68,4 Mio. EUR) und Spareinlagen (46,0 Mio. EUR auf 322,3 Mio. EUR), begründet durch das Verhalten höherer Liquiditätsbestände seitens der Unternehmenskunden sowie das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Privatkunden bei der Geldanlage. Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) der Sparkasse ist für das Geschäftsjahr 2011 mit Blick auf die anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise als zufriedenstellend zu bezeichnen. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 13,0 Mio. EUR. In diesem Ergebnis sind sämtliche Bewertungsmaßnahmen auf den Forderungs-, Wertpapier und Beteiligungsbestand



enthalten. Der Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge gemäß Posten 3 der GuV) stieg im Vergleich zu 2010 um 0,4 Mio. EUR auf 50,8 Mio. EUR. Nach Bereinigung um aperiodische Zinserträge und Zinsaufwendungen ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. EUR geringerer Zinsüberschuss von 49,0 Mio. EUR, der leicht über dem Planungsansatz liegt. Mit einem Provisionsüberschuss in Höhe von 16,7 Mio. EUR liegt das Ergebnis über Vorjahresniveau. Bei den Aufwendungen lag der Personalaufwand mit 24,4 Mio. EUR leicht über dem Vorjahreswert (24,1 Mio. EUR), während der andere Verwaltungsaufwand um 4,0 % auf 19,4 Mio. EUR anstieg (2010: 18,7 Mio. EUR). Hierin enthalten waren u. a. Aufwendungen für Projekte zur strategischen Neuausrichtung der Sparkasse und zur internen Prozessverbesserung, die Bankengabgabe und über den Erwartungen liegende Vermittlungsprovisionen aus dem Wohnungsbaukreditgeschäft.

Insgesamt ergibt sich damit ein Jahresüberschuss in Höhe von 6,5 Mio. EUR. Die Cost-Income-Ratio stieg, im Wesentlichen bedingt durch höhere Verwaltungsaufwendungen, auf 68,7 % (Vorjahr: 63,6 %). Mit einer Eigenkapitalquote von 15,4 % per 31.12.2011, bei einem gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 %, verfügt die Sparkasse über eine komfortable Eigenkapitalausstattung und damit über eine angemessene Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Rahmenbedingungen

Die Sparkasse Mittelholstein AG ist im Wirtschaftsraum Rendsburg tätig und hat dort auch ihren Hauptsitz. Eine der Stärken Rendsburgs als Wirtschaftsstandort ist die hervorragende Infrastruktur. Zentral in Nordeuropa gelegen befinden sich die Industrie- und Gewerbeflächen der Region alle in der Nähe von Autobahnanschlussstellen und Häfen und haben zum großen Teil eigene Bahngleisanschlüsse. Dem Nord-Ostsee-Kanal kommt als der meistbefahrenen Wasserstraße der Welt eine besondere Rolle zu. An dieses Bindeglied zwischen den Häfen der europäischen Union, Skandinaviens und der übrigen Ostseeanrainer ist Rendsburg mit seinem Tiefseehafen im Binnenland direkt angeschlossen. Auf dem Landwege bildet die Europastraße 45 (A7) eine direkte Verbindung Skandinaviens mit den Zentren Mitteleuropas.

Neben dieser Infrastruktur verfügt die Region über großes Potential an qualifizierten Arbeitskräften bei für Deutschland vergleichsweise günstigem Lohnniveau. Die Gewerbe- und Industrieflächen sind voll erschlossen und die Gewerbesteuer ist sehr günstig. Für die 60.000 im Wirtschaftsraum Rendsburg lebenden Menschen stehen viele Einrichtungen zur Verfügung, die man sonst nur aus Ballungsräumen kennt, trotzdem gibt es noch genug Platz zum Leben, zum Entspannen und für kreatives Arbeiten.

All diese Standortbedingungen machen Rendsburg zu einem traditionellen Mittelpunkt für Industrie, Handel und Gewerbe. Die Region beheimatet zahlreiche Unternehmen mit internationaler Bedeu-

tung. Das gilt für hochentwickelte technologieorientierte Wirtschaftszweige wie Elektrotechnik, Maschinenbau, Feinmechanik und Schiffbau ebenso wie für Gewerbe und Dienstleistungen. Für all diese Menschen und Firmen ist die Sparkasse Mittelholstein AG ein verlässlicher Ansprechpartner. Ob Girokonto, Vermögensmanagement oder Unternehmensfinanzierungen – die Sparkasse bietet ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen und setzt dabei auf langfristige Kundenbeziehungen und eine gute und verlässliche Zusammenarbeit. Gute Zusammenarbeit basiert auf Vertrauen. Und Vertrauen basiert auf gegenseitigem Verständnis. Die Sparkasse Mittelholstein bietet darum Beratung auf Augenhöhe – ganz nach dem Grundsatz „Fair. Menschlich. Nah.“ Um diesen Grundsatz mit Leben zu füllen hat die Sparkasse im vergangenen Jahr als erstes Kreditinstitut in der Region mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ein Selbstverständnis in der Anlageberatung schriftlich festgehalten. In der Erklärung werden Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit als wichtigste Unternehmensziele festgelegt. Zu den Grundsätzen, die in der gemeinsam mit ver.di unterzeichneten Erklärung festgelegt wurden, gehört auch die Verpflichtung zu klaren Worten. Aus diesem Grund beleuchten die Beraterinnen und Berater die empfohlenen Produkte von allen Seiten – inklusive ihrer Chancen, Wirkungen und Risiken. Am Ende einer Beratung sind deshalb die Kunden in der Lage, selbstbestimmte Anlageentscheidungen zu treffen. Ein hochwertiges Schulungs- und Weiterbildungsangebot stellt sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Mitgliedsinstitutes die von ihnen angebotenen Produkte in vollem Umfang erläutern und beurteilen können.

Das Geschäftsjahr 2011

In einem nach wie vor schwierigen Marktumfeld konnte die Sparkasse erneut mit bedarfsorientierten Beratungsleistungen und attraktiven Produkten überzeugen, so dass die Marktführerschaft in der Region behauptet und ausgebaut werden konnte. Getragen vom Kundengeschäft ist die Bilanzsumme in 2011 um 2,5 % auf 1.911,0 Mio. EUR gestiegen. Der Bestand an Kundenkrediten konnte im vergangenen Jahr um 43,0 Mio. EUR oder 3,0 % auf 1.464,0 Mio. EUR erhöht werden. Mehr als 270,0 Mio. EUR an neuen Krediten und Darlehen wurden für zahlreiche betriebliche Investitionen und auch für den Kauf oder Neubau privater Immobilien



Manfred Buncke, Vorsitzender des Vorstandes;
Bernd Jäger, Mitglied des Vorstandes,

bereitgestellt. Getragen wird der Zuwachs hauptsächlich durch das Firmenkreditgeschäft. Auf der Einlagenseite verzeichnete die Sparkasse Mittelholstein insgesamt gesehen einen Rückgang von 14,5 Mio. EUR oder 1,3 %. Ausschlaggebend hierfür war der Abfluss kurzfristig angelegter Mittel von Unternehmen und öffentlichen Haushalten. Im Geschäft mit den Privatkunden wuchs der Einlagenbestand (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) in 2011 um erfreuliche 19,5 Mio. EUR oder 3,3 %. Dies ist ein Beleg für die Beratungsqualität und die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein deutlicher Vertrauensbeweis der Kunden unseres Mitgliedsinstituts. Der Zinsüberschuss in 2011 ist mit 34,3 Mio. EUR nahezu unverändert geblieben. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Sparkasse angesichts des unsicheren Marktumfeldes zur langfristigen Liquiditätssicherung Refinanzierungsmittel aufgenommen hat, die den Zinsüberschuss belasteten. Das Provisionsergebnis konnte um 0,3 Mio. EUR oder 3,3 % auf 8,8 Mio. EUR gesteigert werden. Trotz weiterer Investitionen in eine verbesserte räumliche Ausstattung sind die Verwaltungsaufwendungen um 0,14 Mio. EUR oder 0,5 % gesunken. Die Cost-Income-Ratio ist leicht um 1,1 % gestiegen und liegt mit 69,6 % in Höhe des Landesdurchschnitts. Nach Steuern weist das Institut mit 2,0 Mio. EUR einen Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau aus.



Da die Sparkasse Mittelholstein AG die einzige Freie „Publikums-Sparkasse“ in Deutschland ist, die Kunden und Mitarbeiter an der Sparkasse durch die Ausgabe von Aktien beteiligt hat, ist geplant, dass Aufsichtsrat und Vorstand der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in unveränderter Höhe von 2,05 Euro je Stammaktie und 2,31 Euro je Vorzugsaktie auszuschütten und den darüber hinausgehenden Teil des Jahresüberschusses dem Eigenkapital zuzuführen.

Rahmenbedingungen

Der positive Trend des vorangegangenen Jahres setzte sich in Schleswig-Holstein weiter fort. Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) meldete im März für 2011 ein Wachstum des BIP von real 2,2 % (2010: 2,3 %). Dies übertraf die Entwicklung im Nachbarland Hamburg; dort schwächte sich das reale Wachstum auf 1,4 % ab (2010: 3,4 %). Die größten Zuwächse wurden im Verarbeitenden Gewerbe verzeichnet. Die für Schleswig-Holstein bedeutenden Wirtschaftszweige Ernährungsgewerbe, Maschinenbau und chemische sowie pharmazeutische Industrie konnten ihre Umsätze zum Teil deutlich steigern. Auch das Baugewerbe legte nach dem leichten Rückgang im Jahr 2010 wieder zu. Die Zunahmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe lagen sogar über dem Bundesdurchschnitt. Im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe setzte sich das nach der Wirtschaftskrise 2009 begonnene Wachstum weiter fort. Durch Fusion mit einer früher Freien Sparkasse entstand vor ein paar Jahren die Sparkasse Westholstein. Damit hat der Verband auch ein Mitgliedsinstitut aus dem öffentlich-rechtlichen Lager mit Sitz in Itzehoe und Heide in seinen Reihen. Das Geschäftsgebiet unseres Verbandsmitglieds umfasst den Kreis Steinburg und angrenzende Kreise sowie in Teilen die Freie und Hansestadt Hamburg. Betreut werden die Kunden von über 700 Mitarbeitern in 32 Filialen, daneben stehen noch 20 SB-Standorte zur Verfügung. Die Sparkasse Westholstein ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Sparkasse West-

holstein, dem 91 Kommunen, zwei Ämter, der Zweckverband Verbandssparkasse Meldorf, der Sparkassenzweckverband Landsparkasse Schenefeld sowie die Stiftung ehemalige Sparkasse in Glückstadt als Mitglieder angehören. Im Geschäftsgebiet der Sparkasse Westholstein war der weitere Ausbau der "Energieresion Dithmarschen" bemerkenswert – die Investitionen in regenerative Energien spielten dementsprechend eine große Rolle. Die Anerkennung des Kreises als 100 %-EE-Plus-Region dokumentiert, dass Dithmarschen bei der Nutzung von Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt. Es wurde mehr Strom gewonnen als verbraucht. Dennoch sind die Potenziale zur Energiegewinnung aus regenerativen Energien noch nicht ausgeschöpft; z. B. plant die Landesregierung, den Umfang der Windkrafteignungsgebiete von 0,8 % der Landesfläche auf ca. 1,5 % aufzustocken. Auf Initiative der Landsparkasse Schenefeld begannen die Sparkasse Westholstein und die Landsparkasse im März 2011 Verhandlungen über eine Vereinigung. Bereits im April war eine grundsätzliche Verständigung über eine Vereinigung zum 1. Juli 2011 erzielt. Im Vereinigungskonzept betrachtete die Sparkasse die strategischen Ziele, die voraussichtlichen Auswirkungen auf die mittelfristig geplante Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und die voraussichtlichen Konsequenzen für das Risikomanagement (Gesamtrisikoprofil / Risikotragfähigkeit, Risikosteuerungs- und -controllingprozess) und für die Gestaltung der Kreditprozesse detailliert. Die abschließenden Beratungen und Beschlussfassungen der Verwaltungsräte beider Sparkassen und der Verbandsversammlungen beider Zweckverbände über den "Vertrag über die Vereinigung der Sparkasse Westholstein mit der Landsparkasse Schenefeld und über den Beitritt des Sparkassenzweckverbandes Landsparkasse Schenefeld zum Zweckverband Sparkasse Westholstein" folgten Ende Juni.

Das Geschäftsjahr 2011

Die Sparkasse Westholstein plante die Durchschnittsbilanzsumme (DBS) für die Jahre 2011 mit einem Betrag knapp oberhalb von 2,8 Mrd. EUR und strebte somit eine relativ konstante Entwicklung an (DBS 2010: 2,78 Mrd. EUR). Im Rahmen der Fortschreibung der Planung im Juni 2011 aufgrund der Vereinigung mit der Landsparkasse Schenefeld



Achim Thölen, Mitglied des Vorstandes; Rudolf Kochan, Vorsitzender des Vorstandes; Tede Ibs, Mitglied des Vorstandes

erwartete die Sparkasse für die Jahre 2011 eine DBS in Höhe von rund 3,23 Mrd. EUR. Die DBS entwickelte sich im Geschäftsjahr 2011 entsprechend der Planung und erreichte 3,20 Mrd. EUR. Die Bilanzsumme zum Stichtag 31.12.2011 stieg gegenüber dem zusammengefassten Vorjahreswert beider Vereinigungssparkassen um 0,4 Mio. EUR auf 3.139,1 Mio. EUR. Das Geschäftsvolumen nahm um 17,9 Mio. EUR (0,6 %) auf 3.187,6 Mio. EUR ab. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgungsrückflüsse und der qualitätsorientierten zentralen Kreditrisikostategie sah die Sparkasse Westholstein im Kundenkreditgeschäft insgesamt Steigerungsraten von 2,4 % in 2011 vor. Mit regulierenden Steuerungsmaßnahmen strebte die Sparkasse erfolgreich die Umsetzung der Planung an. Allerdings dämpften auch unerwartet hohe Tilgungsbeträge und Ablösungen im Dezember 2011 das Kreditwachstum, so dass der geplante Zuwachs schließlich unterschritten wurde. Die ausgewiesenen Forderungen an Kunden haben sich mit 2.644,2 Mio. EUR um 3,0 % (77,8 Mio. EUR) gesteigert; hierin enthalten ist allerdings ein Betrag aufgrund der Auflösung von bisher kompensierten Vorsorgereserven. Bei den Kundenverbindlichkeiten hatte die Sparkasse Westholstein für 2011 Steigerungen in Höhe von 1,5 % vorgesehen. Tatsächlich nahmen die Kundeneinlagen (einschließlich Inhaberschuldverschreibungen und nachrangiger Verbindlichkeiten) im Jahr 2011 leicht um 0,8 % auf 2.203,7 Mio. EUR ab. Die Entwicklung der Spar- und Termineinlagen blieb hinter der Erwartung zurück; teilweise bedingt durch einen hohen Bestandsrückgang bei den Einlagen der öffentlichen Haushalte. Mit einem Bestand in Höhe von 1.356,1 Mio. EUR waren die Spareinlagen weiterhin das beliebteste Anlageprodukt der privaten Kunden. Sie erhöhten ihre Guthaben im Geschäftsjahr insgesamt um 1,0 %. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten nahmen um 2,9 Mio. EUR (0,4 %) auf 752,4 Mio. EUR ab. Anhand der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ist ersichtlich, dass auch 2011 betriebswirtschaftlich ein sehr erfolgreiches Jahr für die Sparkasse Westholstein war. Gegenüber der aufgrund des Vereinigungskonzeptes fortgeschriebenen Erfolgsplanung erzielte die Sparkasse ein deutlich besseres Betriebsergebnis vor Bewertung. Auch der Jahresüberschuss fiel gegenüber dem Vorjahreswert der Sparkasse Westholstein (vor Vereinigung) höher aus. Der Zinsüberschuss stieg im Vergleich zu 2010 um 1,4 Mio. EUR (1,7 %) auf 83,3 Mio. EUR. Die Zinserträge sanken leicht um 0,7 Mio. EUR (0,5 %) auf 143,1 Mio. EUR, während sich die Zinsaufwendungen stärker um 2,9 Mio. EUR (4,5 %) auf



61,3 Mio. EUR ermäßigten. Mit 18,8 Mio. EUR Provisionsüberschuss erreichte die Sparkasse ein in Anbetracht der teilweise "unsicheren" Finanzmärkte und der rechtlichen Rahmenbedingungen ausgezeichnetes Ergebnis fast auf dem Vorjahresniveau (19,1 Mio. EUR). Bei den Sachaufwendungen zeigen die Maßnahmen zur Optimierung der Personal- und Sachkosten nachhaltig positive Wirkung (Projekt zur strategischen Weiterentwicklung der Sparkasse im Jahr 2009). Die Summe des ausgewiesenen Personalaufwandes stieg zwar um 1,0 Mio. EUR (2,6 %) auf 38,8 Mio. EUR. Die darin enthaltenen "Löhne und Gehälter" reduzierten sich jedoch um 0,9 Mio. EUR (3,1 %) auf 28,5 Mio. EUR. Ein deutlich höherer Betrag ergab sich bei den Aufwendungen für Altersversorgung. Dies ist vor allem auf aperiodische Aufwendungen für die Zuführung zu den Rückstellungen für laufende Pensionen und Pensionsanwartschaften zurückzuführen. Mit noch systematischerem Kostenmanagement und kritischer Würdigung aller Kostenpositionen reduzierte die Sparkasse den Verwaltungsaufwand ansehnlich um 1,2 Mio. EUR auf 19,2 Mio. EUR. Der Aufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 5,7 %. Ersparnisse realisierte die Sparkasse u. a. bei den EDV-Kosten. Die sonstigen Aufwendungen fielen um 5,3 Mio. EUR auf 8,1 Mio. EUR. Ersparnisse gegenüber 2010 ergaben sich insbesondere aufgrund der im Vorjahresaufwand enthaltenen Nachschusspflicht zum Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein. Der im Geschäftsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss beträgt per Jahresultimo 2,6 Mio. EUR. Im Vorjahr ergab sich in der zusammengefassten Betrachtung beider Vorgängersparkassen noch ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,2 Mio. EUR. Die Cost-Income-Ratio verbesserte die Sparkasse auf einen sehr guten Wert von 58,93 % gegenüber 60,44 % in 2010. Mit einer Eigenkapitalquote von abgerundet 12,0 % erfüllt die Sparkasse Westholstein zudem bereits heute die Kriterien nach Basel III und ist damit auch zukünftig problemlos in der Lage, die Kunden ihrer Region mit Kreditmitteln zu versorgen.

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Frankreich						
Caisse d'Epargne d'Alsace, Straßburg	9.210	4.487	4.806	623	978	133
Italien						
Südtiroler Sparkasse AG, Bozen	8.918	7.087	6.182	654	1.328	121
Banca CARIGE SpA, Genua	38.475	23.120	25.874	3.249	4.660	677
Luxemburg						
Freie Internationale Sparkasse S.A., Luxembourg	48	10	28	14	16	1
Niederlande						
SNS Reaal Groep N.V., Utrecht	132.174	67.534	68.124	5.428	7.002	155
Norwegen						
Sparebanken SØR, Arendal	5.388	4.364	4.263	381	367	29
Malta						
Sparkasse Bank Malta plc., Sliema	125	0	97	20	15	1
Österreich						
Sparkasse Baden, Baden bei Wien	1.033	647	754	66	174	17
Sparkasse Bregenz Bank AG, Bregenz	628	464	400	40	112	8
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, Eferding	487	272	401	36	97	14
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Feldkirch	1.233	940	723	113	228	15
Sparkasse Feldkirchen/Kärnten, Feldkirchen	334	163	249	53	47	5
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz	12.982	8.790	9.206	771	1.690	144
Sparkasse Haugsdorf, Haugsdorf	106	55	89	14	14	4
Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach, Herzogenburg	299	147	255	31	77	9
Weinviertler Sparkasse, Hollabrunn	hat mit der Erste Bank der österreichischen Sparkassen fusioniert					
Sparkasse Imst AG, Imst	801	609	495	53	172	19
Tiroler Sparkasse Bank-AG Innsbruck, Innsbruck	3.858	2.668	2.232	203	592	40
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt	4.050	2.682	2.537	249	633	44
Kremser Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Krems	619	334	477	45	125	9
Sparkasse Kufstein, Tiroler Sparkasse von 1877, Kufstein	1.457	1.109	986	149	220	18

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

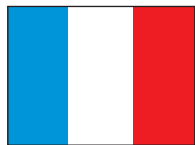
Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Sparkasse Langenlois, Langenlois	227	131	195	17	45	4
Lienzer Sparkasse AG, Lienz	375	214	293	28	66	7
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG, Linz	11.370	7.008	7.392	636	1.491	124
Sparkasse Neunkirchen, Neunkirchen	910	624	730	60	149	17
Sparkasse Pottenstein NÖ, Pottenstein	215	163	156	18	40	3
Sparkasse Niederösterreich Mitte-West AG, St. Pölten	2.149	1.480	1.846	104	494	41
Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg	4.346	3.214	3.237	193	757	66
Sparkasse Schwaz, Schwaz	1.209	844	860	100	171	14
Waldviertler Sparkasse von 1842, Waidhofen a.d. Thaya	770	634	615	61	229	6
Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Wien	23.621	13.646	17.719	996	3.394	149
Wiener Neustädter Sparkasse, Wiener Neustadt	1.332	891	1.014	73	209	12
Schweden						
Sparbankernas Riksförbund	26.058	19.002	21.645	3.137	3.350	250
darunter Sparbanken Syd, Ystad	944	760	712	118	144	6
Schweiz						
AEK Bank 1826, Thun	2.379	2.112	1.734	271	100	12
Spanien						
CatalunyaCaixa, Barcelona*	–	–	–	–	–	–
Tschechische Republik						
Česka spořitelna a.s., Prag	34.703	18.800	25.584	2.938	10.500	654
Insgesamt 35 Institute (ohne CatalunyaCaixa) und 1 Verband nachrichtlich in EUR	330.945	193.485	210.486	20.706	39.398	2.816
Stand per 31.12.2011						

1) Forderungen an Nichtbanken

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen

*) Da die CatalunyaCaixa seit September 2011 komplett verstaatlicht ist, war bis zur Drucklegung kein Jahresbericht 2011 verfügbar



Frankreich

Der französische Bankensektor

In Frankreich gibt es 17 Sparkassen, deren Rechtsform per Gesetz am 1.1.2000 umgewandelt wurde. Seither firmieren sie nicht mehr als Stiftungen privaten Rechts, sondern als Genossenschaften. Im Jahr 2009 fusionierten das Spitzeninstitut der französischen Sparkassen (Caisses d'Épargne) und der Volksbankengruppe (Banques Populaires) zu einem gemeinsamen Institut mit Namen BPCE. Dort wird die strategische Ausrichtung der Gruppe festgelegt, man kümmert sich um Produktentwicklung und Marketing und managt über die Tochter Natixis die Kapitalmarktgeschäfte der Gruppe. In den jeweiligen Regionen treten die Sparkassen und Volksbanken unter eigenem Namen und in Konkurrenz zueinander an, allerdings kümmern sich die Sparkassen eher um Privatkunden, während die Volksbanken traditionell eher kleine und mittelständische Firmen zu ihren Kunden zählen.

Daneben gibt es in Frankreich mit der BNP Paribas und der Société Générale zwei international tätige Großbanken und mit der Crédit Agricole Groupe einen weiteren großen genossenschaftlichen Verbund. Diese vier Bankengruppen repräsentieren mit über 20.000 Filialen in Frankreich und einer Bilanzsumme von insgesamt fast 5.800 Mrd. EUR den Großteil des französischen Bankenmarktes.

Für das französische Bankensystem war 2011 ein turbulentes Jahr, denn die Staatsschuldenkrise sorgte in Frankreichs Banken für einige Aufregung. Als international tätige Geschäftsbanken sind speziell SocGen und BNP über die Kapitalmärkte traditionell stark in Südeuropa investiert, aber auch Crédit Agricole sowie die BPCE über ihre Investmenttochter Natixis verfügen über nennenswerte Bestände an Staatsanleihen aus Südeuropa. Nach Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hielten die Institute per Ende 2010 Staatsanleihen im Wert von 10,5 Mrd. EUR in ihren Büchern. Hinzu kamen über die griechischen Töchterbanken Emporiki (Crédit Agricole) und Geniki (SocGen) Darlehen an den Privatsektor von 21,1 Mrd. EUR bzw. 3,4 Mrd. EUR (Stand März 2011).

Bis Ende 2011 kam es bei den Verhandlungen über einen Tausch griechischer Staatsanleihen zu keinem Ergebnis, dennoch nahmen die französischen Banken bereits den erwarteten Schuldenschnitt im letzten Quartal vorweg und schrieben ihre Engagements auf die Marktwerte ab, was die Jahresergebnisse erheblich belastete. Interessanterweise waren die Korrek-

turen niedriger als erwartet und es gab Vermutungen, dass die Institute die Zeit der Verhandlungen genutzt hätten, um Teile ihrer griechischen Staatsanleihen an die EZB zu verkaufen, obwohl alle Gläubiger Griechenlands zu Beginn der Verhandlungen über einen Schuldenschnitt noch vollmundig erklärten, ihre jeweiligen Bestände zu halten.

Das Retailgeschäft in Frankreich verlief in 2011 erfreulich, so dass die Abschreibungen aus Kapitalmarktgeschäften von allen Institutsgruppen bewältigt wurden und trotzdem positive Jahresergebnisse vermeldet werden konnten. Weiterhin arbeiteten alle Institute an ihrer Kernkapitalquote und konnten per Ende 2011 die von der EBA geforderte Höhe von 9,0 % aufweisen.

Die französische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Caisse d'Épargne d'Alsace, besitzt neben ihrem Hauptsitz in Straßburg noch 132 weitere Filialen über das gesamte Elsass verteilt. Anteilseigner der Caisse d'Épargne d'Alsace (CEA) sind 12 lokale Spargesellschaften, die sich wiederum aus fast 90.000 Genossen zusammensetzen.

Seit dem Jahr 2009 betreibt die elsässische Sparkasse gemeinsam mit der Sparkasse Hanauerland-Kehl in einer grenzüberschreitenden Kooperation erfolgreich eine Filiale, in der deutsche wie französische Sparkassenkunden bei Immobiliengeschäften unterstützt werden, deutsche Firmenkunden bei POS-Zahlungen französischer Kunden Sonderkonditionen erhalten und generell eine intensive grenzüberschreitende Betreuung angeboten wird, um Abwanderungen zu Mitbewerbern zu verhindern.

Die Caisse d'Épargne d'Alsace bietet darüber hinaus den deutschen Sparkassen ihre Unterstützung bei der Betreuung von Kunden in Frankreich an. Bei Aufnahme von Geschäftstätigkeiten außerhalb des Elsass wird ein Kontakt zur zuständigen Sparkasse hergestellt. Durch die konzernähnliche Einbindung der Sparkassen und Genossenschaften in die BPCE erstellen die Einzelinstitute keinen kompletten Einzeljahresbericht mehr. Wir freuen uns, dass uns die elsässische Sparkasse dennoch wieder einige Kennzahlen zur Verfügung gestellt hat, die wir an dieser Stelle gerne unkommentiert veröffentlichen:

Bilanzsumme: 9,2 Mrd. EUR (2010: 9,0 Mrd. EUR)
Forderungen an Kunden: 4,5 Mrd. EUR (2010: 4,1 Mrd. EUR)
Forderungen an Banken: 3,5 Mrd. EUR

Kundeneinlagen: 4,8 Mrd. EUR (2010: 4,7 Mrd. EUR)
Verbindlichkeiten an Banken: 3,4 Mrd. EUR
Zinsüberschuss: 115,3 Mio. EUR
Provisionsüberschuss: 57,9 Mio. EUR

Verwaltungsaufwand: 114,0 Mio. EUR
Jahresüberschuss: 2,8 Mio. EUR (2010: 18,0 Mio. EUR)
Cost-Income-Ratio: 68,4 %.



Italien

Der italienische Bankensektor

Profitierte der italienische Bankensektor in 2010 noch von der leichten Erholung der Realwirtschaft, so geriet er im Sommer 2011 in den Strudel der zunehmenden Staatsschuldenkrise. Die Abwertung der Kreditwürdigkeit Italiens und der damit verbundene Anstieg der Kapitalmarktzinsen traf die fünf größten Bankengruppen Italiens besonders und verteuerte ihre Refinanzierung im Schnitt um bis zu 33 Basispunkte. Der Anteil der Refinanzierung der italienischen Kreditinstitute über die Märkte nahm um 4,8 % ab und wurde über die Aufnahme von günstigen EZB-Geldern ausgeglichen. Dies konnte die Refinanzierungsprobleme ein wenig abmildern. Trotzdem führten die Schwierigkeiten dazu, dass die italienischen Banken ihre Kreditkonditionen anheben und die Kreditvergabe einschränken mussten. Die Wachstumsrate der Neuausleihungen im Verhältnis zu den Darlehensrückführungen brach drastisch ein und wies im Dezember 2011 erstmalig einen negativen Prozentwert auf.

Zusätzlich verschlechterten sich die volkswirtschaftlichen Daten und sorgten für eine Erosion der Qualität bei den Ausleihungen. Im zweiten Halbjahr 2011 stieg der Anteil neuer notleidender Kredite drastisch an und erreichte bei den Ausleihungen an Unternehmen wieder das gleiche Niveau wie zu Beginn der Finanzkrise Anfang 2009.

Die Jahresergebnisse der italienischen Banken wurden in 2011 durch Veränderungen in den Anlagebüchern stark belastet. Um die Buchwerte mit den derzeitigen Marktpreisen in Einklang zu bringen und die Transparenz der Bilanzen zu erhöhen, nahmen die Großbanken eine einmalige, freiwillige Wertkorrektur aller Bestände vor. Daher mussten die italienischen Banken im Ergebnis Verluste in Höhe von insgesamt 24,7 Mrd. EUR ausweisen. Trotzdem hat der Bankensektor im vergangenen Jahr seine Kernkapitalquote signifikant erhöhen

können. Durch teilweise massive Kapitalerhöhungen betrug das Tier 1 Kapital per Ende 2011 nach Angaben der Banca d'Italia im Schnitt 9,3 %, für die fünf großen Bankengruppen 8,9 % und lag damit bereits nah an den neuen Vorgaben von Basel III. Auch bei der Leverage Ratio sollen italienische Banken deutlich unter dem Durchschnitt der europäischen Großbanken liegen. Ein Stresstest der EBA im November 2011 kam allerdings stellenweise zu anderen Ergebnissen. Die europäische Bankenaufsicht ermittelte über 15 Mrd. EUR an fehlendem Kernkapital, wovon allein auf Unicredit über 8 Mrd. EUR entfallen würden. Allerdings erkannte die EBA ähnlich wie in anderen Ländern auch in Italien wohl Teile des bisherigen Eigenkapitals nicht an. Dadurch erklärt sich, wieso beide Institutionen zu solch unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

Die italienischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Zwei unserer Mitgliedssparkassen sind in Italien tätig. Das erste Institut, die Südtiroler Sparkasse AG in Bozen, hat sich nach eigenen Angaben trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes in 2011 gut geschlagen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr mit 700 Mio. EUR um 8,5 % auf 8,9 Mrd. EUR. Die Forderungen an Kunden nahmen gegenüber 2010 um 0,9 % auf 7,1 Mrd. EUR ab. Darin enthalten waren allerdings Neubewilligungen von über 600 Mio. EUR, eine ungehinderte Kreditvergabe war also im Berichtsjahr jederzeit möglich. Die Forderungen an Banken erhöhten sich um 405,4 Mio. EUR auf 535,4 Mio. EUR nach 130,0 Mio. EUR in 2010.

Die Gesamterträge der Südtiroler Sparkasse beliefen sich auf 234,3 Mio. EUR und wiesen somit im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung von 10,7 Mio. EUR (+4,8 %) auf. Zurückzuführen ist dies

hauptsächlich auf die um 9,6 % gestiegenen Zinsüberschüsse, die auf 145,1 Mio. EUR anstiegen und die Provisionsüberschüsse, die 74,6 Mio. EUR erreichten und damit um 3,8 % über dem Vorjahreswert lagen. Infolge der schwierigen Situation an den internationalen Finanzmärkten, die sich besonders im zweiten Halbjahr bemerkbar machte, reduzierte sich der Finanzertrag hingegen um 24,3 % auf 14,6 Mio. EUR.

Auf der Kostenseite verzeichnete man 2011 einen leichten Anstieg bei den Verwaltungskosten, obwohl bei Analyse des aufgeschlüsselten Postens die Personalkosten um ca. 0,2 Mio. EUR zurückgingen. Bei den Sachkosten gab es einen Zuwachs von ca. 1,7 Mio. EUR.

Bei den Rückstellungen für das Kreditrisiko erforderte die anhaltende wirtschaftliche Situation, besonders jene im Bereich Immobilien, auf welchen sich der Großteil der Sicherheiten der Kreditpositionen bezieht, auch in 2011 verstärkte Vorsicht bei der Risikobewertung. Dies führte zu einem Zuwachs der Rückstellungen von 20,4 %, mit Gesamtrisikokosten in Höhe von 37,8 Mio. EUR. So stand am Ende ein Reingewinn von 17,3 Mio. EUR und lag damit um 3 % über dem Vorjahreswert. Die Cost-Income-Ratio wird von der Südtiroler Sparkasse AG mit 70,2 % beziffert und konnte somit im Vergleich zu 72,9 % erneut gesenkt werden.

Unser zweites Mitglied aus Italien, die Banca Carige SpA blickt auf ein der wirtschaftlichen Situation in Italien geschuldetes zufriedenstellendes Jahr 2011 zurück. Die Bilanzsumme bei unserem Mitgliedsinstitut erhöhte sich um 14,9 % auf 38,5 Mrd. EUR nach 33,5 Mrd. EUR in 2010. Die Forderungen an Kunden stiegen um 8,2 % oder 1,8 Mrd. EUR auf 23,0 Mrd. EUR. Die Forderungen an Banken legten

mit 66 % überdurchschnittlich zu, hier lag die Gesamtsumme per Jahresresultato bei 2,3 Mrd. EUR nach 1,4 Mrd. EUR im Vorjahr.

Auch die Kundeneinlagen erhöhten sich um 8,0 % im Vergleich zum Vorjahr und liegen nun bei 26,8 Mrd. EUR (2010: 24,8 Mrd. EUR). Durch die in Italien gestiegenen Langfristzinssätze verharren die Spareinlagen auf Vorjahresniveau (14,0 Mrd. EUR), während das Volumen von langfristig begebenen Anleihen um fast 25 % auf 11,9 Mrd. EUR anstieg.

Dieses veränderte Anlegerverhalten hatte auch Einfluss auf die Erfolgsrechnung der Banca Carige. So stiegen die Zinsüberschüsse im Berichtsjahr nur leicht auf 490,9 Mio. EUR nach 485,9 Mio. EUR im Vorjahr, ein leichtes Plus von 1 %. Auch die Provisionserlöse verharren mit 250,2 Mio. EUR annähernd auf dem Stand von 2010 (249,1 Mio. EUR).

Die schwache Konjunktur und die sich nur mäßig entwickelnden Einkommen in Italien führten bei der Banca Carige zu einem Anstieg der „non-performing-loans“. Die Quote betrug per Ende 2011 5,0 % nach 4,5 % im Vorjahr. Die daraus resultierenden Wertberichtigungen in Höhe von 92,8 Mio. EUR belasteten die Erfolgsrechnung genauso wie der Korrekturbedarf bei griechischen Anleihen in Höhe von 13,2 Mio. Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich hingegen um moderate 1,8 % und sind im Wesentlichen auf gestiegene Sachkosten zurückzuführen.

Unter dem Strich konnte die Banca Carige für 2011 einen Gewinn nach Steuern in Höhe von 175,8 Mio. EUR ausweisen, ein Rückgang um 2,7 % im Vergleich zu 2010 (180,6 Mio. EUR).

Die Cost-Income-Ratio sank leicht von 60,6 % auf 59,7 %, die Eigenkapitalquote lag bei 10,3 % (regulatorisches Eigenkapital 13,5 %).



Luxemburg

Der luxemburgische Bankensektor

Das Großherzogtum Luxemburg gehört mit einem Anteil von 0,4 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der europäischen Währungsunion zu den kleinsten Volkswirtschaften im Euroland. Betrachtet man dagegen das BIP pro Kopf, dann ist Luxemburg mit 82.000 EUR ein Riese, an den in der Währungsunion niemand heranreicht. Zum Vergleich: Die Niederlan-

de sind mit einem BIP pro Kopf von 35.600 EUR das zweitbeste Land, Deutschland folgt mit 30.600 EUR sogar erst auf Platz 5. Dieser enorme Unterschied in der Kennzahl kann größtenteils damit erklärt werden, dass 40 % der rund 350.000 Beschäftigten in Luxemburg Pendler sind, deren Produktion zwar zum BIP zählt, bei der pro Kopf-Berechnung bleiben sie allerdings außen vor.

Der Finanzsektor trägt rund ein Drittel zum BIP bei und ist damit die dominierende Säule der luxemburgischen Wirtschaft. Er ist nach den USA das weltweit zweitgrößte Kompetenzzentrum für Investmentfonds, Europas führender Standort für Captive-Rückversicherungen und das größte Private Banking-Zentrum der Eurozone. Der zunächst auf Euromarkt-Aktivitäten spezialisierte Finanzplatz verlagerte seinen Schwerpunkt in der Folge auf das Privatkundengeschäft (Private Banking) und ab den 80er Jahren auf die Domizilierung und Verwaltung von Investmentfonds. Die Beliebtheit Luxemburgs als Finanzstandort basiert hauptsächlich auf einer Aufgeschlossenheit gegenüber Finanzinnovationen, steuerlichen Vorteilen und kurzen Wegen zu Politik und Verwaltung.

Gegen Ende 2011 waren in Luxemburg 143 Kreditinstitute tätig, von denen ein Großteil (41) eigenständige Tochtergesellschaften oder Zweigstellen deutscher Banken sind. Die aggregierte Bilanzsumme der Institute betrug im Berichtsjahr rund 800 Mrd. EUR. Seit Beginn der Finanzkrise in 2008, als die Bilanzsummen addiert die Billionengrenze überschritten hatten, ist das Volumen deutlich um über 20 % geschrumpft. Noch wichtiger ist Luxemburg als Standort für die Fondsindustrie. Ende 2011 waren über 3.500 Investmentfonds im Großherzogtum domiziliert, in denen über 2,0 Bio. EUR an Anlagegeldern verwaltet werden. Luxemburg ist damit Europas größter Fondsstandort, weltweit liegt er hinter den USA auf Platz 2.

Der Finanzplatz beschäftigt insgesamt rund 47.000 Mitarbeiter, das entspricht 14 % der Gesamtbeschäftigung. Dazu trägt der Sektor 25 % zum Steueraufkommen des Staates bei. Diese Zahlen machen die Abhängigkeit Luxemburgs von den Finanzinstituten sehr deutlich. Aus diesem Grund haben EZB und die EU-Kommission bereits im Oktober 2010 eine eindringliche Warnung an das Herzogtum ausgesprochen, die in den Bankbilanzen enthaltenen Risiken und Strukturen genau zu analysieren. So bestehen die Bilanzen zu über 45 % aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sind zum Großteil konzerninterne Transaktionen.

Die luxemburgische Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitglied in Luxemburg ist die Freie Internationale Sparkasse S.A. (FIS), eine Tochter der Sparkasse Bremen AG. Das Institut fokussiert sich in seiner geschäftlichen Ausrichtung seit Jahren auf die Betreuung und Beratung vermögender Privatkunden, dem so genannten „Private Banking“. Die FIS hat mit diesem Geschäftsmodell mittlerweile zunehmenden Bekanntheitsgrad in

ganz Deutschland erreicht und so betreut die luxemburgische Sparkasse heute Kunden aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Dienstleistungspalette wird dabei ständig erweitert: seit 2010 wird den Kunden die Führung eines Edelmetalldepots angeboten und in Zusammenarbeit mit der „Fondation de Luxembourg“ wird den Kunden eine umfassende Expertise im Bereich Stiftungsgründungen zur Verfügung gestellt. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2012 wird den Kunden die Möglichkeit angeboten, ihr Vermögen nach ihren individuellen Vorgaben durch die FIS verwalten zu lassen. Mit der Vermögensverwaltung „FIS TOPIC“ wurde ein neuartiger, themenorientierter Ansatz entwickelt. Dieser berücksichtigt die Bedürfnisse und Erwartungen der Kunden ebenso wie deren Anspruch an die Individualität, Flexibilität und Professionalität einer Vermögensverwaltung. Weiterhin gehört mit der Inter-Portfolio Verwaltungsgesellschaft S.A. eine Fondsgesellschaft als Tochter zur FIS, die einen wichtigen Baustein in der Service- und Dienstleistungspalette darstellt. Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich die Bilanzsumme um 3,5 % auf 47.905 TEUR (Vorjahr 46.309 TEUR). Das Einlagengeschäft verzeichnete einen Zuwachs von 24,5 %. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen auf 28.336 TEUR nach 22.762 TEUR in 2010. Der enorme Anstieg ist zum Teil Ausdruck der Unsicherheit, die an den Aktien- und Anleihemärkten herrscht und die Kunden dazu veranlasste, Positionen im Wertpapierbereich zugunsten von Termingeldern abzubauen.

Das Kreditgeschäft ist kein strategisches Geschäftsfeld der Bank und wird nicht aktiv betrieben. Kredite an Kunden werden nur auf besicherter Basis gewährt und neben vermittelten Eurokrediten aus dem deutschen Sparkassensektor lediglich als Lombardkredit angeboten. Kreditlinien an Kreditinstitute werden selektiv vergeben und bestehen neben wenigen ausgewählten Banken hauptsächlich im Sparkassensektor. Insgesamt ist der Forderungsbestand der Sparkasse mit 27.246 TEUR um 57,6 % gegenüber dem Vorjahr (17.291 TEUR) deutlich angestiegen. Dies ist begründet in der Neuausrichtung der Kontrahentenrisiken, die zu einer Erhöhung der Forderungen gegenüber Banken geführt hat.

Der Wertpapiereigenbestand der Sparkasse hat sich auch in 2011 weiter reduziert. Der Gesamtbestand beläuft sich auf 18.725 TEUR (Vorjahr 26.956 TEUR). Die Bank hält festverzinsliche Wertpapiere im Volumen von 5.143 TEUR (Vorjahr 13.438 TEUR). Daneben werden Bestände in defensiven Teilfonds in Höhe von 11.688 TEUR (Vorjahr 12.452 TEUR) sowie

von Aktien in Höhe von lediglich 1.894 TEUR (Vorjahr 1.066 TEUR) gehalten. Die FIS blieb damit ihrer grundsätzlich konservativen Anlagepolitik auch in 2011 treu.

Der Zinsüberschuss der FIS reduzierte sich vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsumfeldes und der konservativen Anlagepolitik auf 723 TEUR und lag damit um 14,6 % unter dem Vorjahresergebnis (847 TEUR).

Der Provisionsüberschuss als unverändert wichtigste Ertragskomponente des Instituts erreichte 2.119 TEUR und war damit zwar ebenfalls unter dem Vorjahresresultat (2.660 TEUR), angesichts der Entwicklungen in 2011 ist der Wert dennoch als zufriedenstellend anzusehen.

Das Finanzergebnis in Höhe von 224 TEUR (701 TEUR im Vorjahr) reflektiert die schwierige Situation an den Kapitalmärkten, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte.

Personal- und Sachkosten konnten um 138 TEUR auf 2.240 TEUR nach 2.378 TEUR in 2010 reduziert werden.

Somit ergab sich per 31.12.2011 ein Jahresgewinn in Höhe von 875 TEUR, der zwar unter dem Vorjahresergebnis (1.350 TEUR) lag, aufgrund der Ereignisse in 2011 für die Freie Internationale Sparkasse als zufriedenstellend empfunden wird. Die Cost-Income-Ratio stieg gegenüber dem Vorjahr von 54,1 % auf 68,8 %.



Malta

Der maltesische Bankensektor

Der Finanzplatz Malta ist im Gegensatz zu vielen anderen Standorten bisher nur wenig von den Krisen an den Finanzmärkten getroffen worden. Gründe dafür sind hauptsächlich der geringe Anteil von strukturierten Produkten in den Portfolios der Banken, und die im Inland tätigen Banken betreiben ausschließlich traditionelles Retailgeschäft mit umsichtiger Kreditvergabe und einer Refinanzierung über Kundeneinlagen. Dadurch war die maltesische Regierung nicht gezwungen, Banken durch staatliche Hilfsprogramme zu stützen. Malta bietet also weiterhin hohe wirtschaftliche und politische Stabilität, zumal der staatliche Verschuldungsgrad mit 67 % weit unter dem EU-Durchschnitt liegt. Der am schnellsten wachsende Wirtschaftszweig ist der Banken- und Finanzsektor, der bereits mehr als 12% des BIP ausmacht und über 6.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Möglich macht diesen Aufschwung eine liberale und wirtschaftsfreundliche Politik. In Malta ist die Wahrung von Bank- und Geschäftsgeheimnissen strafrechtlich gesichert. Es gibt in Malta 25 Institute mit einer Banklizenz, die alle nach angelsächsischer Rechtsform firmieren. Die größten Institute sind die Bank of Valetta plc. mit knapp 7 Mrd. EUR Bilanzsumme, gefolgt von der Raiffeisen Bank plc. mit ca. 6,1 Mrd. EUR.

Die Bank of Valetta plc. ist Mitglied der europäischen Sparkassenvereinigung in Brüssel. Das umfangreiche Produkt- und Dienstleistungsangebot wird durch die Geschäftsbereiche Investment- und Private Banking abgerundet. Viele der dort ansässigen Kreditinstitute

sind Töchter von ausländischen Banken, vor allem aus Österreich. Für diese ist Malta zwar ein Standort, aber kein Markt, weil wenig lokales Privatkundengeschäft möglich ist. Der geschäftliche Schwerpunkt liegt eher im „Wholesale banking“, also dem Großkundengeschäft mit hauptsächlich syndizierten Krediten. Dabei sind vor allem die rechtlichen und steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten interessant. Es geht weniger um den Körperschaftssteuersatz, der in Malta bei 35% liegt, als um die tatsächliche steuerliche Belastung. Diese liegt wegen eines Anrechnungssystems oder angenommener Vorwegbesteuerungen wesentlich niedriger. Zu den günstigen Steuern kommen als weitere Standortfaktoren relativ niedrige Arbeitskosten für Mitarbeiter (Löhne liegen bei ca. 60% des europäischen Durchschnitts), die niedrigsten Sozialversicherungsbeiträge im gesamten Euro-Raum sowie nicht zuletzt Englisch als zweite Landes- und Amtssprache.

Die maltesische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparkasse Bank Malta plc. wurde vor wenigen Jahren als 100 %-Tochter von der Sparkasse Schwaz AG aus Österreich gegründet. Auch die Sparkasse Bank Malta plc. ist in erster Linie im Interbankengeschäft tätig. Durch die Verwerfungen der Finanzkrise in den letzten Jahren mussten in 2011 in erhöhtem Maße Wertberichtigungen vorgenommen werden, die das Berichtsjahr zu einem insgesamt nicht zufriedenstellenden Jahr machten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 120,1 Mio. EUR

auf 125,5 Mio. EUR (+4,5 %).

Kredite an Kunden werden nur sehr vereinzelt vergeben, daher erhöhten sich zwar die Forderungen an Kunden prozentual um über 600 % von 28 TEUR auf 207 TEUR, spielen aber im Verhältnis zur Bilanzsumme eine untergeordnete Rolle. Die Forderungen an Banken erhöhten sich abermals um deutliche 25,5 % auf 106,0 Mio. EUR nach 84,8 Mio. EUR im Vorjahr. Hierfür war im Wesentlichen eine Umschichtung innerhalb der Bilanzpositionen verantwortlich. Die Sparkasse Malta veräußerte im Berichtsjahr drei Island-Anleihen und reduzierte damit ihre Finanzanlagen um 18,3 Mio. auf 13,3 Mio. EUR nach 31,7 Mio. EUR in 2010.

Auf der Passivseite konnten die Kundeneinlagen um 4,5 % gesteigert werden. Ihr Volumen beträgt nun 96,6 Mio. EUR (2010: 92,4 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 2,2 % auf nun 9,1 Mio. EUR. Beim Verkauf der Island-Anleihen zu aktuellen Marktpreisen musste ein deutlicher Verlust realisiert werden. Zusätzlich wurden die noch im Bestand befindlichen Anleihen der Bank Lehman Brothers als Totalausfall ausgebucht. Diese beiden Transaktionen bescherten Kosten in Höhe von 4,0 Mio. EUR und führten

im Zinsbereich zu einem negativen Ergebnis von 2,1 Mio. EUR, nachdem man in 2011 noch einen Zinsüberschuss von 1,0 Mio. EUR bilanzieren konnte. Das Provisionsergebnis entwickelt sich hervorragend, hier konnten die Überschüsse um weitere 49,3 % erhöht werden und stellen mit 1,5 Mio. EUR weiterhin die Haupteintragssäule für unser Mitglied dar.

Die Personal- und Sachaufwendungen erhöhten sich insgesamt um 34 %. Ursächlich dafür waren neben leicht gestiegenen Gehältern die Anschaffung einer neuen Banksoftware, durch die bei den Sachanlagen erhöhter Abschreibebedarf entstand. Durch Auflösung von Rückstellungen konnte das Ergebnis positiver gestaltet werden, es ergab sich aber trotzdem ein operativer Verlust von 254 TEUR. Einen weiteren großen Kostenblock verursachte die Fair-Value-Betrachtung von Finanzanlagen. So mussten im Zuge der Staatsschuldenkrisen bei einigen der im Portfolio enthaltenen Papiere Wertberichtigungen in Höhe von 541 TEUR vorgenommen werden. Dadurch erhöhte sich per Ultimo 2011 bei der Sparkasse Bank Malta der bilanziell ausgewiesene Gesamtverlust auf 597 TEUR.



Niederlande

Der niederländische Bankensektor

Die Niederlande weisen nach Belgien den höchsten Konzentrationsgrad eines europäischen Bankenmarktes auf. Regional tätige Sparkassen sucht man in den Niederlanden vergeblich. Gab es in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre noch 250 Sparkassen, ist diese Institutsgruppe heute nicht mehr existent. 1990 schlossen sich über 100 Sparkassen zur SNS Bank zusammen, die außerordentliches Mitglied unseres Verbandes ist. Ferner wurde der Konzentrationsprozess der Sparkassen von der belgisch-niederländischen Fortis-Gruppe vorangetrieben. In den Niederlanden teilten sich vor der Finanzkrise vier Bankkonzerne über 80 % des Marktes: die Finanzgruppe ING, die Fortis-Gruppe, die Rabobank und die kurz vor der Finanzkrise in einem europäischen Bieterwettbewerb zunächst von der spanischen Santander, der britischen RBS und Fortis übernommene ABN Amro.

Wie auch in anderen europäischen Ländern mit wenigen Großbanken mussten die Niederlande ihr Bankensystem im Zuge der Finanzkrise mit massiven Stützungen auffangen. Der ING-Konzern erhielt

10 Mrd. EUR, die gesamte Fortis-Gruppe musste von den Beneluxstaaten mit über 11 Mrd. EUR gerettet werden und die Niederlande mussten den Bieteranteil von Fortis an ABN Amro für weitere 16,8 Mrd. EUR übernehmen. Die in den drei Ländern tätigen Einzelgesellschaften von Fortis wurden im Gegenzug durch eine jeweilige 49 %-Beteiligung der Staaten faktisch unter deren Kontrolle gestellt. Da auch die ABN Amro im Verlauf der Krise über 5 Mrd. EUR an staatlichen Hilfen benötigte, wurde der niederländische Teil vom Konzern abgetrennt und komplett verstaatlicht. Im Rahmen der EU-Auflagen wurde das Firmenkundengeschäft bereits in 2010 an die Deutsche Bank veräußert, nach Sanierung sollen auch alle anderen Bereiche an private Interessenten abgegeben werden.

Für den niederländischen Retailsektor bestehen in den nächsten Jahren erhöhte Risiken. Das von der niederländischen Regierung beschlossene Sparpaket in Höhe von 18 Mrd. EUR zur Bekämpfung der Staatsverschuldung (2011: 67 % des BIP) sowie die allgemeine Abkühlung der weltweiten Konjunktur haben die extrem exportabhängige Wirtschaft der

Niederlande mit Beginn der zweiten Jahreshälfte in eine leichte Rezession geführt. Die Arbeitslosenquote stieg von 4,8 % in 2009 bis 2011 auf 5,4 % und führte zu einem Rückgang der Binnennachfrage. Da der Verschuldungsgrad der privaten Haushalte in den Niederlanden mittlerweile fast 250 % des Jahreseinkommens beträgt und damit so hoch wie sonst nirgends in Europa ist, muss bei Anhalten der konjunkturellen Schwäche verstärkt mit privaten Insolvenzen und in der Folge Kreditausfällen gerechnet werden. Zudem sind die Preise für Immobilien seit 2 Jahren rückläufig, so dass im Falle einer notwendigen Verwertung weiterer Korrekturbedarf entstehen könnte.

Die niederländische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser Mitgliedsinstitut, die SNS Bank N.V., bietet im Rahmen der SNS Reaal Group ihren Kunden die komplette Palette an Finanzdienstleistungen. Dabei will man sich als Ergebnis der Finanzkrise zukünftig vorwiegend auf den niederländischen Markt beschränken und sieht sich als Bank für Privatkunden und den Mittelstand. So sollen die knapp 150 Full-Service-Filialen, in denen Kunden weiterhin ganzheitliche Beratung angeboten wird, auf wenige Zentren reduziert werden. Ansonsten können Kunden mit einfachen und transparenten Standardprodukten über bis zu 300 SNS-Shops versorgt werden. Teile dieser Shops unterhält die SNS Bank in Eigenregie, andere werden von Franchise-Nehmern betrieben. Auch das Internet als Vertriebsweg wurde wesentlich ausgebaut. Daneben werden über Webseiten dritter Anbieter und über Vertriebsketten Immobilienfinanzierungen angeboten. Dieses neue Konzept soll zu einer erheblichen Kostensenkung bei der SNS Bank führen und dem Institut auch im margenschwächeren Retailbanking auskömmliche Gewinne ermöglichen. Die Zahlen für die SNS Bank belegen, dass dieses Konzept von der Kundschaft angenommen wird, denn in 2011 konnte man über 100.000 neue Kunden gewinnen und fast 3 Mrd. EUR an neuen Kundeneinlagen generieren. Die SNS Reaal Group N.V. kämpft in Teilbereichen weiter mit Problemen, die das Konzernergebnis belasteten. So musste der Spezialanbieter für Pensionsfonds, die „Zwitserleven“, im Zuge der Schuldenkrise hohe Wertberichtigungen von steuerbereinigt 107 Mio. EUR auf Staatsanleihen vornehmen (hauptsächlich Griechenland) und wies per Ende 2011 einen Verlust von 91 Mio. EUR aus. Auch bei den Projektfinanzierungen, waren durch notleidende Engagements erneut Abschreibungen in Höhe von 251 Mio. EUR (2010: 852 Mio. EUR) notwendig und führten zu einem Teilverlust von 248 Mio. EUR (2010: 643 Mio. EUR). Dieser Bereich, der seit dem Ausbruch der Finanzkrise nicht mehr zum Geschäftsmodell der SNS Bank gehört, wurde

in 2011 in eine Abwicklungsanstalt ausgegliedert, das Restvolumen in Höhe von knapp 6 Mrd. EUR wird das Ergebnis der Gruppe aber noch Jahre belasten. Trotzdem sieht man sich in der Gruppe auf einem guten Weg, die vom holländischen Staat erhaltene Eigenkapitalhilfe in Höhe von 700 Mio. EUR wie geplant von Mitte 2012 bis Ende 2013 zurückzahlen zu können.

Für den Teilbereich Retailbanking, der in der Gruppe durch unser Mitglied, die SNS Bank abgedeckt wird, konnten für 2011 gute Zahlen präsentiert werden. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 88,8 Mrd. EUR auf 91,2 Mrd. EUR. Die Forderungen an Kunden blieben mit 60,0 Mrd. EUR in etwa auf Vorjahresniveau (59,2 Mrd. EUR). Dabei konnten die Forderungen der SNS Bank im Privatkundenbereich vor allem durch Hypothekendarlehen um 2,4 Mrd. EUR zulegen, während man im Firmenkundenbereich bedingt durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Holland die Ausleihungen von 7,2 Mrd. EUR auf 5,7 Mrd. EUR verringerte. Die Forderungen an Banken sanken nur unwesentlich von 14,0 Mrd. EUR auf 13,7 Mrd. EUR.

Die Kundeneinlagen erhöhten sich von 37,7 Mrd. EUR in 2010 auf 40,4 Mrd. EUR im Berichtsjahr, die Verbindlichkeiten an Banken stiegen von 9,6 Mrd. EUR in 2010 auf 11,8 Mrd. EUR. Bedingt durch das momentan niedrige Zinsniveau verzichtete die SNS Bank in 2011 auf die Verbriefung der neu ausgeliehenen Hypothekendarlehen, der Pfandbriefbestand nahm durch Tilgung daher um 2,2 Mrd. EUR ab und betrug zum Jahresultimo 27,4 Mrd. EUR.

Die Erfolgskennziffern weisen einen Zinsüberschuss für die SNS Bank in Höhe von 745 Mio. EUR aus, ein Zuwachs von 11 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Der Provisionsüberschuss fiel mit 86 Mio. EUR geringer aus als 2010, als noch 92 Mio. EUR erzielt werden konnten. Bei den Aufwendungen machte sich die veränderte Struktur der SNS Bank bereits bemerkbar. Die direkten Personal- und Sachkosten konnten um 16 Mio. EUR auf 462 Mio. EUR gesenkt werden, ein Minus von 3 %. Damit ergab sich für die SNS Bank in 2011 eine Cost-Income-Ratio von 51,8 % (2010: 64,8 %).

Auch bei der SNS Bank bestand in 2011 ein erhöhter Abschreibbedarf. Zum einen mussten bei Griechenland-Anleihen Wertkorrekturen in Höhe von 27 Mio. EUR vorgenommen werden, zum anderen stiegen durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Holland die nonperforming loans auf 4,3 % an und machten um 23 Mio. EUR höhere Abschreibungen notwendig. In der Gesamtabbildung stiegen die Wertberichtigungen damit von 99 Mio. EUR in 2010 auf 159 Mio. EUR im Berichtsjahr. Dennoch konnte der Jahresüberschuss nach Steuern von 212 Mio. EUR auf 262 Mio. EUR gesteigert werden, ein Plus von 23,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Eigenkapitalquote liegt bei 9,2 %



Norwegen

Der norwegische Bankensektor

Der norwegische Bankenmarkt ist durch eine starke Konzentration geprägt. Das größte norwegische Kreditinstitut, die DnB Nor mit einer Bilanzsumme von 208 Mrd. EUR sowie einem Marktanteil von 40%, ist formell eine Sparkasse. Das Institut entstand 2003, als die damals größte norwegische Sparkasse, die Sparebanken Nor, durch die größte Geschäftsbank des Landes, die Den Norske Bank, übernommen wurde. Die Berechtigung zur Führung des Namens „Sparkasse“ behalten börsennotierte Kreditinstitute dann, wenn deren Sparkassenstiftungen mind. 10 % vom jeweiligen Aktienkapital besitzen. Da die Eigentümerstiftung der Sparebanken Nor noch immer 10,09 % an der DnB Nor hält, ist diese formell eine Sparkasse und somit weiterhin Mitglied im Sparkassenverband. Als international ausgerichtete Geschäftsbank gehört sie aber auch gleichzeitig dem Bankenverband an.

Neben der DnB Nor gibt es weitere 112 norwegische Sparkassen, die aber im Gegensatz dazu regional ausgerichtet sind. Die meisten dieser Sparkassen haben sich zu drei Allianzen zusammengeschlossen. Die norwegischen Sparkassen verfügen alle über die Rechtsform der Stiftung, deren Kapitalbildung vor allem durch Gewinthesaurierung erfolgt. Seit 2002 können die Sparkassen ihre Rechtsform auch in eine Aktiengesellschaft umwandeln, allerdings hat hiervon bisher lediglich die DnB Nor Gebrauch gemacht.

Da der Markt in Norwegen weitestgehend verteilt ist, haben viele Banken ihr Geschäftsgebiet auf die neuen EU-Nachbarn Polen und das Baltikum ausgedehnt. Dies bescherte den Instituten Anfang des Jahrzehnts zweistellige Wachstumsraten und Gewinnrenditen, die deutlich über denen der restlichen EU lagen. Diese Engagements bereiteten 2009 zunehmend Probleme, da der Aufschwung im Baltikum zu einem erheblichen Teil kreditfinanziert war. Außerdem wurden die Kredite aufgrund der hohen Inflation und den damit verbundenen hohen Zinsen überwiegend in Euro vergeben, da man fest von einem baldigen Beitritt zur Euro-Zone ausging. Im Zuge der Wirtschaftskrise stürzte dieses Kartenhaus zusammen und viele Balten waren aufgrund der abgewerteten heimischen Währungen nun nicht mehr in der Lage, ihre Kredite zu bedienen. So lag der Wertberichtigungsbedarf auf Kreditforderungen in den baltischen Staaten 2009 zwischen 7 % in Litauen und fast 14 % in Lettland und trübte die Bilanzen der nordischen Kreditinstitute.

Allerdings konnten diese Verluste durch gute Ergebnisse im Heimatmarkt aufgefangen werden, da Norwegen durch die stabile Öl-Nachfrage relativ

unbeschadet durch die Krise gekommen ist. Der norwegische Staat legte zu Beginn des Jahres 2009 zwar zur Sicherheit wie alle anderen europäischen Staaten ein 10 Mrd. EUR großes Liquiditätsprogramm auf, dieses wurde aber von den Banken nicht benötigt. Mit der weltwirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 stabilisierten sich dann auch die baltischen Staaten wieder und die Wertberichtigungen für die nordischen Institute gingen auf ein Normalmaß zurück.

Die norwegische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparbanken Sør, unser Mitgliedsinstitut aus Norwegen, wurde zu Beginn des Jahres 2009 als Konsequenz aus einem Verlustjahr 2008 durch die Finanzkrise umstrukturiert. Man trennte das Retail-Banking und das Corporate Banking in zwei separate Bereiche, um die jeweiligen Teilbereiche zukünftig besser im Fokus zu haben. Zudem wurde mit der Sør Boligkreditt AS eine eigene Hypothekensbank gegründet, um die von der norwegischen Zentralbank ermöglichte günstige Refinanzierung für besicherte Forderungen effektiver nutzen und Kunden Kredite zu besseren Konditionen anbieten zu können.

Für 2011 hat unser Mitglied ein gutes Geschäftsjahr gemeldet.

Die Bilanzsumme ist um 11,1 % von 37,7 Mrd. NOK in 2010 auf 41,9 Mrd. NOK (5,4 Mrd. EUR) im Berichtsjahr angewachsen. Die Forderungen an Kunden stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % auf 33,9 Mrd. NOK (4,4 Mrd. EUR) nach 31,3 Mrd. NOK in 2010. Hauptverantwortlich für den Anstieg waren Hypothekendarlehen an Privatkunden, im Bereich Firmenkunden wurde der Zuwachs bewusst begrenzt, um die Kreditrisiken auf eine breitere Basis zu stellen. Die Kundeneinlagen nahmen um 9,9 % auf 19,0 Mrd. NOK (2,4 Mrd. EUR) zu, nachdem sie in 2010 noch bei 17,3 Mrd. NOK gelegen hatten. Weiterhin wurden über 3 Mrd. NOK besicherte Anleihen ausgegeben, um das Kreditwachstum refinanzieren zu können. Ihr Volumen betrug im Berichtsjahr 14,1 Mrd. NOK (1,8 Mrd. EUR) nach 11,0 Mrd. NOK in 2010.

Bedingt durch einen harten Wettbewerb um Kundeneinlagen reduzierten sich in Norwegen auch in 2011 die Zinsmargen. Deshalb gingen die Zinsüberschüsse trotz Einlagen- und Kreditwachstums von 668 Mio. NOK in 2010 auf 631 Mio. NOK (81 Mio. EUR) im Berichtsjahr zurück. Das Provisionsergebnis lag mit 153 Mio. NOK (19,7 Mio. EUR) auf Vorjahresniveau. Die Personalkosten lagen mit 266 Mio. NOK (34,2 Mio. EUR) um 26,7 % über dem

Vorjahr, resultieren allerdings aus einmaligen Sonderrückstellungen zur betrieblichen Altersvorsorge nach einer Gesetzesumstellung in Norwegen. Die Verwaltungsaufwendungen sanken hingegen um 5,9 % auf 192 Mio. NOK (24,7 Mio. EUR).

Der Jahresüberschuss per 31.12.2011 betrug 219 Mio. NOK (28,2 Mio. EUR) und lag damit auf Vorjahresniveau. Die Cost-Income-Ratio lag in 2011 bei 60,1 %, die Kernkapitalquote beträgt üppige 14,2 %.



Österreich

Die Folgen der Krise

Das Jahr 2011 war für die österreichischen Sparkassen von der durch die Finanz- und Staatenkrisen ausgelösten Regulierungsflut geprägt. Die Krise hat vor allem gezeigt, dass regionale und dezentrale Banken, wie es die Sparkassen sind, nicht nur die Krise gut überstanden haben, sondern darüber hinaus in dieser als „Fels in der Brandung“ fungiert haben. Diese Institute haben auch in den vergangenen Jahren Private und KMU mit frischem Geld versorgt und alles getan, um es zu keiner „Kreditklemme“ kommen zu lassen.

Im Jahre 2011 hatten die österreichischen Sparkassen vor allem damit zu kämpfen, dass weder Regularien noch Aufsichtsbehörden zwischen den unterschiedlichen Geschäftsmodellen unterscheiden. So wird eine Regionalbank mit zwölf Mitarbeitern genau so behandelt wie ein international agierendes Investmenthaus. Dieses „Über-einen-Kamm-Scheren“ bedroht die Vielfalt innerhalb der österreichischen Bankenlandschaft – und damit auch die regionale Nahversorgung, der sich gerade die Sparkassen verpflichtet fühlen. Viel wichtiger wäre es aus der Sicht der Sparkassen, endlich durch ein Insolvenzrecht für Banken die geordnete Liquidation von Kreditinstituten zu ermöglichen. Stattdessen wird die Bankensteuer erhöht und es werden damit auch jene Institute bestraft, die ordentlich und verantwortungsvoll gewirtschaftet haben – und dies vor dem Hintergrund der Aufstockung der Eigenmittel auf 9 %, die bis Mitte 2012 ansteht.

Der Sparkassenverband kämpft in diesem schwierigen Umfeld dafür, diese gerade in der Krise positiv wirkenden dezentralen Strukturen zu schützen und in den neuen Regelwerken wieder mehr zu berücksichtigen. In welche Richtung diese Entwicklung läuft, wird das nächste Jahr zeigen. Ebenso wird sich zeigen, wie groß der Einfluss der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) sein kann, die am 1. Januar 2011 ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Gründung dieser Behörde war schließlich eine der ersten

politischen Reaktionen auf die Krise.

Soziale Ader in schwierigen Zeiten

Umso erfreulicher ist es, dass Erste Bank und Sparkassen 2011 um fast 20 % mehr für Gemeinwohlleistungen aufgewendet haben als 2010, was einem Plus von 4,6 Mio. EUR entspricht. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr mehr als 28 Mio. EUR für soziale und karitative Projekte, für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Umwelt ausgegeben. Die Sparkassen unterstützten zahlreiche Initiativen im kommunalen Bereich und halfen wieder einmal mit, die Infrastruktur auszubauen und für Sicherheit zu sorgen. Sport- und Jugendförderung waren ebenso Schwerpunkte wie die Unterstützung von Initiativen im Kunst- und Kulturbereich.

Auftrag Finanz- und Wirtschaftsbildung

Der tägliche Umgang mit den Sparkassen-Kunden wie auch aktuelle Studien zeigen, dass die Menschen sich bei ihren finanziellen Entscheidungen auf die Beratung der Banken verlassen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass das Finanz- und Wirtschaftswissen vieler Österreicherinnen und Österreicher äußerst dürftig ist. Defizite bestehen etwa bei der Haushaltsführung, der Planung späterer Investitionen oder dem Abschätzen von Einkommenseinbußen im Zuge der Pensionierung.

Die Sparkassen setzen hier an unterschiedlichsten Punkten an, um die „Financial Literacy“ zu verbessern. Darunter versteht man die Fähigkeit, fundierte Finanzentscheidungen selbstverantwortlich zu treffen. Der Österreichische Sparkassenverband kooperiert zu diesem Zweck seit 1967 mit der Österreichischen Wirtschaftskammer im AWS, dem Arbeitskreis Wirtschaft und Schule. Heute verbessern rund 100.000 Jugendliche im Jahr ihr Wirtschafts- und Finanzwissen anhand der Materialien und Spiele, die das AWS kostenlos zur Verfügung stellt. So gut wie jede Sparkasse unterhält Kooperationen mit Schulen aller Stufen. In Workshops und bei Exkursionen in die

Sparkassen werden den Kindern und Jugendlichen grundsätzliche Fertigkeiten im Umgang mit Geld beigebracht. Besonders erfolgreich sind auch die beiden bisher veröffentlichten Filme von SparefrohTV, in denen wichtige Fragen von der Entwicklung des Geldes bis zur richtigen Verwendung des eigenen Taschengeldes erklärt werden. Die Kinderausstellung „Was kost' die Welt“, die 2011 nach Wien auch in Graz zu sehen war, wird in den nächsten Jahren durch die CEE-Länder touren, in denen die Erste Group tätig ist.

Neukundengewinnung und Kundenbetreuung

Das Ziel, 2011 mindestens 70.000 neue Kunden zu gewinnen, wurde weit übertroffen. Die Sparkassen freuen sich über einen Zuwachs von über 90.000 Kunden, das ist ein Plus von 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Ende 2011 betreuten die Sparkassen damit 3,2 Mio. Kunden. Der „Finanz-Check“, ein strukturierter Beratungsleitfaden, kam 2011 flächendeckend zum Einsatz. Auch die flexiblen Beratungszeiten von wochentags 7 bis 19 Uhr wurden über Kampagnen weiter publik gemacht.

Seit 2011 wurde das netbanking erweitert und kann nun auch über so genannte Smartphones abgewickelt werden. Damit wurde der Service im Bereich des E-Banking erneut erweitert. In der Zwischenzeit können Kunden der Sparkassen ihre Bankgeschäfte online erledigen, Bankprodukte online abschließen bzw. deren Abschluss zumindest online vorbereiten, über Brokerjet Wertpapierhandel online betreiben wie auch eps-Überweisungen tätigen. Daneben stehen die Selbstbedienungs-Services in den Foyers täglich zwischen 5 und 24 Uhr für Kunden offen. Trotz aller technischen Errungenschaften wird das Hauptaugenmerk aber nach wie vor auf die persönliche Betreuung gelegt. Die s Akademie garantiert als Ausbildungsstätte aller Sparkassen-Mitarbeiter eine solide Beratungsleistung.

Die Zufriedenheit mit den Sparkassen, Filialen und Kundenberatern wird monatlich im Qualitätscheck ausgewiesen. Die Werte sind im Vergleich zum Vorjahr stabil, in einigen Bereichen gab es Verbesserun-

gen: Die Kundenzufriedenheit der Sparkassen lag im Gesamtjahr 2011 mit 80 Totalperformancepunkten auf dem Niveau des Jahres 2010 (zum Vergleich: 2009 waren es noch 78 Punkte). Die Anzahl der Kunden, die einen persönlichen Ansprechpartner in ihrer Sparkasse haben, ist signifikant angestiegen. Die Weiterempfehlungsbereitschaft blieb auch 2011 konstant bei einem hohen Wert von 86 (von 100).

Geschäftliche Entwicklung

2011 gab es ein leichtes Wachstum des Betriebsergebnisses und ein deutliches Wachstum des Jahresüberschusses. Die Bilanzsumme der Erste Bank und Sparkassen ist im turbulenten Jahr 2011 gegenüber 2010 um 1,5 % auf 86,4 Mrd. EUR gestiegen und damit relativ konstant geblieben. Die Kundenforderungen sind bei Erste Bank und Sparkassen gegenüber 2010 um fast 3 % auf 55,2 Mrd. EUR gewachsen, was etwa im Branchendurchschnitt liegt.

Die Spareinlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert, dafür ist ein deutlicher Rückgang im Wertpapiergeschäft zu verzeichnen. Die Turbulenzen an den Börsen, die Banken Krisen wie auch das Szenario von Staatsbankrotten führten zu einem Vertrauensverlust, der sich bei Erste Bank und Sparkassen in einem Minus von 8,3 % im Wertpapiergeschäft niederschlug. Die Forderungen an Unternehmen sind um 4,7 % auf 20,1 Mrd. EUR, die Forderungen an Private um 3,2 % auf 25,8 Mrd. EUR gestiegen. Damit sind Erste Bank und Sparkassen deutlich über dem Markt gewachsen. Gesteigert wurde auch die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (+ 4,7 %), worin sich die enge Zusammenarbeit der Sparkassen mit den Gemeinden spiegelt. Die Loan-to-Deposit-Ratio, also das Verhältnis von Krediten zu Einlagen, betrug 2011 100,6 % (2010: 99,6 %), damit stehen allen Krediten in etwa gleich hohe Einlagen gegenüber. Der Branchenschnitt lag bei 126,8 %, was für die Sparkassen bedeutete, dass sie trotz Krise die Finanzierung der KMU weiterhin flächendeckend leisten und eine „Kreditklemme“ noch abwenden konnten.



Schweden

Der schwedische Bankensektor

Die 64 schwedischen Sparkassen verfügen landesweit über einen Marktanteil von nur 5 %, haben aber regional teilweise eine sehr starke Marktposi-

tion und verfügen dort über weit höhere Marktanteile. Mit 182 Filialen unterhalten die kleinen schwedischen Sparkassen immerhin ca. 8 % der Bankfilialen in Schweden. Sie leisten damit einen

wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzdienstleistungen. Sie sind grundsätzlich in der Rechtsform von privaten Stiftungen tätig, allerdings besteht seit 1991 die Möglichkeit, das Bankgeschäft in Aktiengesellschaften einzubringen. Davon haben mittlerweile 14 Sparkassen Gebrauch gemacht, von denen fünf inzwischen zu 30-60 % der Swedbank AG gehören.

Die Swedbank hat mit 58 unabhängigen Sparkassen einen Kooperationsvertrag geschlossen (master agreement). Die Sparkassen verkaufen Swedbank-Produkte auf Kommissionsbasis und operieren unter dem Swedbank-Logo. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit im IT-Bereich. Keine Kooperation besteht mit Sparbanken Öresund (der größten unabhängigen Sparkasse).

Die größte Gruppe der in Schweden tätigen Banken bilden die Geschäftsbanken mit den „großen Vier“ an der Spitze. Dies sind die FöreningsSparbanken (Swedbank AG), die Svenska Handelsbanken, die Nordea und die SEB. Sie haben, gemessen an der Bilanzsumme, einen Marktanteil von über 80 %. Von den „großen Vier“ hat die Swedbank AG ihre Wurzeln im Sparkassen- und Genossenschaftssektor und unterhält landesweit 340 Filialen. Der schwedische Bankenmarkt ist von einem harten Wettbewerb und hoher Bankenkonzentration gekennzeichnet, organisches Wachstum im Heimatmarkt ist nur noch schwer möglich. Deshalb haben vor allem die die Swedbank AG, SEB und Nordea stark ins Baltikum, nach Russland und Osteuropa expandiert.

Die schwedischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Verbandsmitglied, der Sparbankernas Riksförbund, vertritt die Interessen der 64 zum Teil sehr kleinen Sparkassen in Schweden. Sie kommen zusammen auf eine aggregierte Bilanzsumme von 26,1 Mrd. EUR und haben zum Großteil weniger als 100 Mitarbeiter. Sie sind daher auf Kooperationen innerhalb der Sparkassengruppe angewiesen. Als Spitzeninstitut unter den Sparkassen in Schweden fungiert die Swedbank AG. Der zunehmende Wettbewerbsdruck und flache Zinskurven sind auch bei den Sparkassen in Schweden spürbar. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, wurden die Anzahl der Mitarbeiter der im Verband zusammengeschlossenen Institute weiter abgebaut und das Filialnetz nochmals gestrafft. Nach schwächeren Jahren im Nachgang der Finanzkrise hat sich die schwedische Wirtschaft in 2011 weitestgehend erholt und auch die negativen ökonomischen Einflüsse des Baltikums wurden über-

wunden. Dies hat auch den Sparkassen in Schweden positive Geschäftsverläufe im Berichtsjahr möglich gemacht, wie die folgenden Zahlen belegen:

Bilanzsummen:

232,8 Mrd. SEK (26,1 Mrd. EUR) +7,1 % (zu 2010)

Forderungen an Kunden:

169,7 Mrd. SEK (19,0 Mrd. EUR) +3,1 %

Anleihen und andere Schuldtitel:

25,3 Mrd. SEK (2,8 Mrd. EUR) +27,8 %

Kundeneinlagen:

193,3 Mrd. SEK (21,6 Mrd. EUR) + 7,1 %

Betriebsergebnis:

7,6 Mrd. SEK (846 Mio. EUR) + 13,5 %

Verwaltungsaufwand:

3,9 Mrd. SEK (439 Mio. EUR) +1,9 %

Jahresüberschüsse: 3,0 Mrd. SEK (343 Mio. EUR)

Unsere Mitgliedssparkasse Sparbanken Syd, die ebenfalls dem schwedischen Sparkassenverband angeschlossen ist, kämpft seit Jahren aufgrund ihrer Selbständigkeit bei geringer Größe mit der Kostenstruktur. Eigentlich hatte sich die Geschäftsleitung im Jahre 2010 deshalb dazu entschlossen, Sparbanken Syd in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und in der Folge mit der größeren Sparbanken Öresund zu fusionieren. Auf einer außerordentlichen Hauptversammlung im Mai 2010 bekam der Vorstand allerdings nicht die erforderliche Mehrheit für diesen Vorschlag. Das Direktorium entschied sich für eine Beibehaltung der Eigenständigkeit.

Da auch zu Beginn des Jahres 2011 der Geschäftsverlauf der Sparbanken Syd alles andere als positiv verlief, entschied man sich im Sommer für einen kompletten Wechsel der Geschäftsleitung, die mit einem neuen Konzept die schwedische Sparkasse aus Ystad wieder in ruhigere Zeiten führen will. So schloss auch die Sparbanken Syd wie andere Sparkassen zuvor eine Kooperation mit der Swedbank. Die wirtschaftlichen Kennzahlen für 2011 spiegeln die turbulenten Zeiten wider. Die Bilanzsumme sank auf 8,4 Mrd. SEK (944 Mio. EUR) nach 8,6 Mrd. SEK in 2010. Die Forderungen an Kreditinstitute nahmen um 130 Mio. SEK auf 946 Mio. SEK (106 Mio. EUR) zu, während die Forderungen an Kunden mit 6,8 Mrd. SEK oder 761 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr konstant waren. Auch die Kundeneinlagen blieben gegenüber dem Vorjahr mit 6,3 Mrd. SEK (711 Mio. EUR) nahezu unverändert, während die Verbindlichkeiten an Banken um 106 Mio. SEK auf 590 Mio. SEK (66 Mio. EUR) anstiegen. Einen starken Rückgang verzeichnete die Sparbanken Syd im Bereich der Verbrieften Verbindlichkeiten, hier sank der Wert auf 356 Mio. SEK (40 Mio. EUR) nach

577 Mio. SEK in 2010.

Die Erfolgsrechnung 2011 zeigt, dass im operativen Geschäft erste Erfolge durch das neue Konzept zu verzeichnen sind. Der Zinsüberschuss konnte deutlich auf 179,2 Mio. SEK oder 20,1 Mio. EUR erhöht werden, nachdem er 2010 noch bei 143,3 Mio. SEK gelegen hatte. Das Provisionsergebnis war mit 85 Mio. SEK (9,5 Mio. EUR) leicht niedriger als in 2010. Dass das Betriebsergebnis mit 251,8 Mio. SEK (28,2 Mio. EUR) trotzdem unter dem des Vorjahres (258,1 Mio. SEK) blieb, dafür sorgte ein negatives

Finanzergebnis von 7,3 Mio. SEK (817 TEUR).

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 210,6 Mio. SEK (23,5 Mio. EUR) deutlich unter

denen von 2010 (280,2 Mio. SEK), allerdings waren im Vorjahreswert einmalige Kosten für eine neue IT in Höhe von 86 Mio. SEK enthalten. Zusätzlich musste die Sparkasse im Berichtsjahr besonders hohe Abschreibungen auf ihr Kreditgeschäft durchführen, in Summe 98,1 Mio. SEK (11,0 Mio. EUR). In den Vorjahren lag dieser Wert zwischen 5,5 und 7,5 Mio. SEK.

So musste die Sparbanken Syd auch für 2011 einen Verlust ausweisen, der mit 60,6 Mio. SEK (6,8 Mio. EUR) gegenüber 2010 (39,6 Mio. SEK) noch einmal gestiegen ist.

Die neue Geschäftsleitung ist allerdings zuversichtlich, in 2012 den Turnaround zu schaffen und in die Gewinnzone zurückzukehren.



Schweiz

Der Schweizer Bankensektor

Auch in Zeiten von Finanz- und Staatschuldenkrise ist der Schweizer Bankensektor in seiner Beständigkeit ein Vorbild für alle weltweiten Finanzplätze. Dies liegt daran, dass außer den beiden international tätigen Großbanken Credit Suisse und UBS, die einen hohen Anteil ihrer Geschäfte im Investmentbereich tätigen, alle weiteren Bankengruppen (Kantonal- und Regionalbanken, Raiffeisenbanken) hauptsächlich im Retailbereich agieren. Sie versorgen überwiegend die regionale Kundschaft mit Finanzdienstleistungen, kennen die lokalen Verhältnisse und Wirtschaftskreisläufe und können so ihre spezifischen Marktkennntnisse und ihre Kundennähe als Vorteil ausspielen. Daneben gibt es noch die Privatbankiers, die überwiegend im Vermögensmanagement und Investmentbanking tätig sind. Die Privatbankiers haften subsidiär mit ihrem gesamten Vermögen, bieten sich in der Regel nicht öffentlich zur Entgegennahme von Spargeldern an und gehen mit ihnen anvertrauten Werten sehr sorgsam um. Daher wäre es auch 2011 im Finanzsektor relativ beschaulich zugegangen, wären da nicht die Einflüsse aus der Eurozone und wieder einmal negative Nachrichten rund um die beiden Großbanken (CS muss in den USA 400 Mio. Dollar Schadenersatz zahlen, UBS-Händler „verzockt“ 2 Mrd. Dollar) gewesen. Da CS und UBS mit Bilanzsummen aufwarten, die weit über das jährliche BIP der Schweiz hinausgehen, hat man sich schon sehr früh in der Schweiz mit

der „too-big-to-fail“-Problematik beschäftigt und versuchte mittels einer Expertenkommission Lösungen zu finden, um zukünftig von den beiden Großbanken nicht mehr erpressbar zu sein. Im Juli 2011 wurden dann für die beiden Institute Eigenkapitalregeln erlassen, die weit über die Anforderungen von Basel III hinausgehen. So müssen UBS und CS ihre Eigenkapitalquoten deutlich auf 19 % erhöhen. Allerdings müssen nur 10 % davon hartes Kernkapital nach Basel III sein. Die restlichen 9 % können durch die Ausgabe von sogenannten „Co-co-Bonds“ (Contingent Convertibles) vorgehalten werden. Diese besondere Form der Anleihen würde im Krisenfall eines Institutes automatisch in Aktien umgewandelt werden, damit den Fremdkapitalanteil reduzieren und dem Institut neues Eigenkapital beschaffen. Diese Anleihen sind international noch sehr umstritten, denn man fürchtet, dass die Wandler im Krisenfall die Panik verschärfen, weil eine drohende Verwässerung der Altaktionäre den Börsenkurs drücken und eine Abwärtsspirale auslösen könnten. Die Schweizer Nationalbank ist allerdings davon überzeugt, dass sich diese Anleihen durchsetzen werden. So hätten sie den Vorteil, dass sie im Gegensatz zur Aktie nicht vom Gewinnpotential hoher Risiken profitieren. Die Cocos erfordern vielmehr eine Risikoprämie, welche mit den eingegangenen Risiken einer Bank zunimmt. Mit dieser Maßnahme hofft man in der Schweiz, die für das Land wichtigen Banken stabil genug ausgestattet zu

haben, damit ein Einschreiten des Staates zukünftig nie wieder notwendig sein wird.

Im Laufe des Jahres 2011 rückte die Schweiz als Nation dann doch noch in den Fokus der Finanzmärkte. Aus Sorge um die Zukunft des Euro transferierten Menschen trotz geringer Renditen große Summen ihrer Vermögen aus dem Euroraum in die Schweiz, um das Geld im vermeintlich sicheren Franken anzulegen. Dies führte zu einer so deutlichen Aufwertung der Schweizer Währung, dass sich die Notenbank SNB gezwungen sah, den Franken an den Euro zu koppeln und einen Mindestkurs festzulegen und bei dessen Unterschreitung unbeschränkt zu intervenieren. Der zunehmende Transfer von Geldern aus dem Euroraum blieb natürlich auch Politik und Öffentlichkeit nicht verborgen. Da Gerüchten zufolge auch etliche Milliarden Euro aus Griechenland, Spanien und Italien still und leise in die Schweiz „gewandert“ waren, an deren pflichtgemäßer Besteuerung im Herkunftsland zumindest stark gezweifelt werden kann, sah sich die Schweiz in der breiten Öffentlichkeit zunehmender populistischer Anfeindungen ausgesetzt. Auch das mit Deutschland ausgehandelte Steuerabkommen geriet in der Folge wieder heftig in die Kritik und entfachte eine neue Diskussion über kulturell unterschiedliche Betrachtungen von Steuervermeidung und -hinterziehung.

Die schweizerische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die AEK BANK 1826 blickt mit großer Zufriedenheit auf das Geschäftsjahr 2011 zurück. Trotz schwierigem politischem und konjunkturellem Umfeld verlief die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr erfreulich.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 163,4 Mio. CHF bzw. 6,0 % auf 2,90 Mrd. CHF.

Bei den Hypothekarforderungen konnte ein erfreulicher Zuwachs um 109,2 Mio. CHF auf neu 2,32 Mrd. CHF verzeichnet werden. Aufgrund der Zinssituation wurden viele variable Hypotheken in Festhypotheken umgewandelt. Die gesamten Forderungen an Kunden betragen nun 2,57 Mrd. CHF nach 2,42 Mrd. CHF in 2010.

Die Spar- und Kundengelder erhöhten sich im Berichtsjahr um 97,8 Mio. CHF auf 2,11 Mrd. CHF. Eigene Emissionen und Pfandbriefdarlehen konnten um fast 18 % zulegen. Der Bestand erhöhte sich um 40,8 Mio. CHF auf 269,7 Mio. CHF.

Auch die Erfolgsrechnung unseres Mitgliedsinstituts entwickelte sich 2011 erfreulich. Die Zinsüberschüsse stiegen um 0,6 Mio. CHF auf 48,6 Mio. CHF. Mit einem Anteil von 92,6 % (Vorjahr 92,2 %) am Gesamtertrag waren und sind die Zinserlöse weiterhin die wichtigste Einnahmequelle der AEK BANK 1826. Die Provisionserlöse sind 2011 mit 2,36 Mio. CHF minimal höher als im Vorjahr (2,35 Mio. CHF). Die Verwaltungsaufwendungen waren durch gesunkene IT- und Raumkosten im Vergleich zu 2010 um 0,3 Mio. CHF niedriger und lagen bei 20,0 Mio. CHF. Somit konnte unser Mitgliedsinstitut per Ende 2011 einen Jahresgewinn von 9,15 Mio. CHF ausweisen, der damit gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert werden konnte (8,89 Mio. CHF).

Mit einer extrem niedrigen Cost-Income-Ratio von 38,3 % beweist die AEK Bank 1826 weiterhin, dass man trotz eines vorsichtigen und konservativen Geschäftsmodells sehr effizient und profitabel wirtschaften kann. Die Eigenkapitalquote wird mit 11,4 % angegeben, allerdings in Relation zur gesamten Bilanzsumme. Mit dieser enorm guten Ausstattung an Eigenmitteln bietet die AEK Bank 1826 ihren Kunden inmitten der täglichen Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten einen Ort der Sicherheit.



Spanien

Der spanische Bankensektor

Die spanische Volkswirtschaft ist in einer strukturellen Krise, aus der sie sich nur langsam herausbewegt. Zwar ist die Verschuldung des Landes gemessen am BIP noch nicht übermäßig hoch (2011: 68,5 %), steigt aber rasant an. Spanien benötigt eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Industrie

und einen flexibleren Arbeitsmarkt, um sich für die Zukunft fit zu machen. Spanien steht vor der Herausforderung, seine Staatsverschuldung zurückzuführen, um das Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen. Dabei müssen neben denen des Zentralstaates auch die Finanzen der 17 autonomen Regionen unter Kontrolle gebracht werden. Gleich-

zeitig müssen die negativen konjunkturellen Effekte einer restriktiven Fiskalpolitik im Auge behalten werden und die Einschnitte sozial ausgewogen sein. Die als Konsequenz auf die Staatschuldenkrise beschlossenen Sparmaßnahmen haben seit 2010 zu einer schrumpfenden Wirtschaft und einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 20 % geführt.

Hinzu kommt eine anhaltende Bau- und Immobilienkrise. Das Land hatte bis 2007 über ein Jahrzehnt eine dynamische Bautätigkeit zu verzeichnen, die zu Überkapazitäten geführt hat. Ursachen der starken Baunachfrage waren die günstige Einkommensentwicklung, der Bevölkerungsanstieg und der deutliche Rückgang der Kreditzinsen, der bereits im Vorfeld der Euroeinführung 1999 begonnen hatte. 2007 war der Anteil der Bauinvestitionen am BIP auf fast 18 % angewachsen, wobei rund die Hälfte auf den Wohnungsbau entfiel. Seit 2008 sinken die spanischen Bauinvestitionen in hohem Tempo. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, hohe Überkapazitäten, sinkende Hauspreise und steigende Zinsen verschärften den Abwärtstrend, da in Spanien in der Vergangenheit traditionell Darlehen mit variabler Verzinsung gewählt wurden. Mittlerweile liegt der Anteil der notleidenden Kredite bei über 8 %.

Die auch in Südamerika tätigen internationalen Großbanken Santander und BBVA konnten diese Entwicklung am heimischen Markt durch gute Erträge in Übersee kompensieren, zumal man im Inland nicht so stark engagiert war wie die Sparkassen. Ein Anstieg der Kreditausfallraten wurde auch dadurch verhindert, dass viele der fertiggestellten, aber derzeit unverkäuflichen Objekte von Bauträgern zur Tilgung der Kredite erworben wurden. Besonders hart traf die Entwicklung der spanischen Wirtschaft die fast ausschließlich in Spanien tätigen Sparkassen. Als Marktführer im Retailbanking haben sie den Bauboom maßgeblich finanziert, auch weil sie durch die politische Präsenz in den Aufsichtsgremien oft für regionale Strukturprojekte erhalten mussten, die betriebswirtschaftlich aus heutiger Sicht nicht immer sinnvoll erscheinen. Um die in 2010 beginnenden Probleme bei den spanischen Sparkassen zu bekämpfen, entschied sich die Banco de España als Notenbank und oberste Aufsicht dazu, eine Konsolidierung im Sektor der 45 Sparkassen zu starten und den regionalen Einfluss der Politik auf die Institute zu reduzieren. So wurde ein Gesetz verabschiedet, dass den Sparkassen einen Rechtsformwechsel in Aktiengesellschaften ermöglichte. Dies sollte Fusionen und den Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern, man hoffte

damit die Schieflagen von einzelnen Instituten auf marktwirtschaftliche Weise lösen zu können.

In der Folge schlossen sich viele Sparkassen per Fusion zu teilweise sehr großen Einheiten mit Bilanzsummen von bis zu 330 Mrd. EUR (Bankia) zusammen, so dass Mitte 2011 nur noch 15 Sparkassen übrig geblieben waren. Obwohl die erhofften Kostensynergien durch Filialschließungen (-2.600) und Personalabbau (-10.000) schnell gehoben wurden, konnte bei Investoren an den Kapitalmärkten kein ausreichendes Vertrauen in die neuen Bankkonzerne erzeugt werden. Die Höhe der eingegangenen Kreditrisiken ist zu groß, die Zukunft der spanischen Wirtschaft insgesamt zu ungewiss.

Deshalb sah sich die spanische Notenbank in 2011 doch gezwungen, erste Sparkassen komplett zu verstaatlichen. Die Entwicklung ist seither völlig offen, die letzten Nachrichten aus dem aktuellen Jahr 2012 gehen von einer Hilfe für spanische Banken aus dem neu geschaffenen europäischen Hilfsfonds ESM über 100 Mrd. EUR und einer Bündelung aller notleidenden Kredite in einer einzigen nationalen Bad Bank aus.

Die von uns im letzten Jahresbericht geäußerten Bedenken haben sich damit bestätigt. Schon damals haben wir den Plan der spanischen Notenbank weg von kleinen, regional tätigen Sparkassen hin zu überregionalen Bankkonzernen kritisch gesehen. Die Probleme konnten dadurch nicht gelöst werden, sondern wurden nach unserer Ansicht sogar noch verschlimmert, da einzelne Konzerne wie Bankia oder die Caixabank durch ihre Größe nun systemrelevant und damit zu einer Gefahr für das Finanzsystem geworden sind. Auch steht zu befürchten, dass die inzwischen verstaatlichten Institute nach Abschluss der notwendigen Sanierung durch einen freihändigen Verkauf ihre gemeinwohlorientierten Wurzeln komplett verlieren werden, so dass die für die heimische Wirtschaft so wichtigen Sparkassen wie in Großbritannien, den Niederlanden oder Italien verschwinden werden. Welche Probleme dies in Bezug auf die Versorgung aller Kundengruppen mit Finanzdienstleistungen haben kann, ist zurzeit in Großbritannien gut zu beobachten, wo 20 % der Bürger kein Konto besitzen und Firmenkunden notwendige Investitionen durch fehlende Kreditgeber nicht tätigen können.

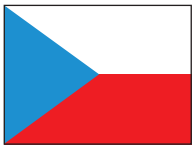
Die spanische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Auch unser Mitgliedsinstitut, die Caixa Catalunya, hatte in den Jahren 2008 und 2009 mit hohen Kreditausfällen zu kämpfen und musste Finanzhilfen aus dem staatlichen Bankenhilfsfonds in Anspruch

nehmen. Um dies zu erreichen, wurde eine Fusion zwischen den Sparkassen Catalunya, Tarragone und Manresa beschlossen. Da es sich bei allen drei Instituten um katalanische Sparkassen handelt, deren größtes Institut die Caixa Catalunya war, nahm man am 1. Juli 2010 unter dem neuen Namen CatalunyaCaixa den Geschäftsbetrieb auf.

Leider schaffte es auch die CatalunyaCaixa nicht, die von der spanischen Notenbank im Sommer 2011

verschärfte Eigenkapitalquote von 8 % Kernkapital aus eigener Kraft zu erreichen. Man musste knapp 1,7 Mrd. EUR aus dem staatlichen Hilfsfonds (FROB) beantragen und wurde in Konsequenz komplett verstaatlicht. Für 2011 wurde bis zur Drucklegung dieses Artikels von der CatalunyaCaixa kein Jahresbericht veröffentlicht, so dass auch bei unserem Verbandsmitglied die derzeitige Situation unklar scheint.



Tschechien

Der tschechische Bankensektor

Nach der Bankenkrise Mitte der neunziger Jahre hat sich der tschechische Bankenmarkt inzwischen stabilisiert. Heute existieren in Tschechien 41 Kreditinstitute, die Ende 2011 Vermögenswerte in Größenordnung von 167,0 Mrd. EUR verwaltet haben. Darunter befindet sich mit der Česká spořitelna a.s. als größtem Institut auch die landesweit operierende tschechische Sparkasse. Sie wurde 2000 mehrheitlich von der Ersten Bank AG übernommen und entwickelte sich seither zur führenden Retailbank Tschechiens.

Daneben gibt es keine weiteren Sparkassen in Tschechien. Auch die anderen großen tschechischen Kreditinstitute sind heute mehrheitlich Töchter von internationalen Finanzkonzernen, beispielsweise die Československá obchodní banka, CSOB oder die Komerční banka, die sich im

Besitz der belgischen KBC bzw. der französischen Société Générale befinden. Diese 3 Institute vereinigen über 50 % der Bilanzsummen, 60 % der Kundeneinlagen sowie fast 50 % der Kundenkredite auf sich. Somit befindet sich der tschechische Bankenmarkt, der nunmehr als weitgehend verteilt gilt, überwiegend in der Hand ausländischer Bankkonzerne. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine Folge der misslungenen Privatisierungspolitik der neunziger Jahre.

Der Bankensektor ist vergleichsweise gut durch die Finanzkrise gekommen und musste nicht durch staatliche Intervention gestützt werden. Zwar erhöhte sich durch Arbeitslosigkeit und Betriebspleiten auch bei den tschechischen Banken der Wertberichtigungsbedarf weiter – der Anteil gestörter Kredite beträgt mittlerweile im Schnitt über 4,0 % -, dieser führte aber im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten zu

keinen existentiell bedrohlichen Verlusten bei den Kreditinstituten. Hauptgrund dafür dürfte gewesen sein, dass Zinsniveau und Preissteigerungen in Tschechien in den letzten Jahren auf dem Niveau der Euro-Zone lagen und Ausleihungen dadurch nicht wie andernorts üblich in Fremdwährungen begeben wurden. Zudem wurde die Boomphase vor der Finanzkrise nicht wie in anderen Ländern Europas durch den Bausektor und stark steigende Immobilienpreise getragen, so dass die Immobilienpreise in Tschechien zurzeit nur leicht rückläufig sind.

Die tschechische Wirtschaft ist stark exportorientiert und vor allem durch Zulieferer für die Automobilindustrie in Deutschland eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Nachbarlandes verwoben. Daher gab es im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten in Tschechien in 2011 ein Wachstum des BIP von 2,4 %. Die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp 9 % und die Inflationsrate betrug in 2011 durch Kosten für Energie und Lebensmittel getrieben 2,2 %. Allerdings sorgte die Staatsschuldenkrise auch in der Republik für Unruhe, obwohl die Verschuldung des Staates bei lediglich 43,7 % liegt. Lag der Wechselkurs zum Euro zu Beginn des Jahres noch bei durchschnittlich 24,5 CZK, so wurde die tschechische Krone im Zuge der Turbulenzen an den Finanzmärkten in Mitleidenenschaft gezogen und lag phasenweise nur noch bei 26 CZK. Die Anleihe-spreads, die durch die enge Bindung an Deutschland im Frühjahr noch bei 75 Basispunkten im Vergleich zu zehnjährigen Bundesanleihen gelegen hatten, weiteten sich in der Spitze bis auf 220 Basispunkte aus. Gegen Jahresende beruhigte sich die Situation dann aber wieder, der Wechselkurs pendelte sich bei 25 CZK ein und die Spreads sanken wieder auf vernünftige 140-150 Basispunkte.

Die tschechische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Česká spořitelna a.s., unsere Mitgliedssparkasse aus Tschechien, blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2011 zurück und festigte ihre Stellung als Retailbank Nr. 1 in Tschechien. Mit mehr als 10.500 Mitarbeitern in 654 Filialen betreut man 5,2 Millionen Kunden. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 881,6 Mrd. CZK in 2010 auf 892,5 Mrd. CZK (34,7 Mrd. EUR). Forderungen an Kunden stiegen um 23,5 Mrd. CZK (0,9 Mrd. EUR) auf 483,6 Mrd. CZK (18,8 Mrd. EUR). Im Berichtsjahr nahm die Česká spořitelna auf der Aktivseite strukturelle Änderungen vor. Man reduzierte die Forderungen an Banken um mehr als die Hälfte von 175,1 Mrd. CZK auf 77,4 Mrd. CZK (3,0 Mrd. EUR) und erwarb im Gegenzug Wertpapiere, hauptsächlich tschechische Staatsanleihen. Der Wertpapierbestand erhöhte sich daher um 41 % auf 254,8 Mrd. CZK (9,9 Mrd. EUR).

Im Einlagenbereich konnte die Česká spořitelna a.s. ihre Marktstellung halten. Die Einlagen von Kunden nahmen nur leicht (3 Mrd. CZK oder 0,1 Mrd. EUR) auf 658,0 Mrd. CZK (25,6 Mrd. EUR) ab, die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten lagen mit 52,8 Mrd. CZK (2,1 Mrd. EUR) auf Vorjahresniveau.

Die Ertragslage der Česká spořitelna a.s. war auch in 2011 außerordentlich gut. Die Zinsüberschüsse stie-

gen trotz der geringen Zinsmargen auf 31,2 Mrd. CZK (1.213 Mio. EUR) nach 30,2 Mrd. CZK im Vorjahr. Die Provisionsüberschüsse stiegen ebenfalls leicht auf 12,4 Mrd. CZK (482 Mio. EUR) nach 12,1 Mrd. CZK in 2010. Im Kreditbereich konnte im Berichtsjahr die Qualität der Ausleihungen sowohl im Privatkunden als auch im Firmenkundengeschäft deutlich verbessert werden. Der Anteil notleidender Kredite sank von 4,5 % auf 4,0 %, wodurch sich die Wertberichtigungen von 9,8 Mrd. CZK auf 5,6 Mrd. CZK (217,7 Mio. EUR) reduzierten. Bei den Verwaltungsaufwendungen konnte insgesamt eine leichte Reduzierung von 18,7 Mrd. CZK auf 18,4 Mrd. CZK (715 Mio. EUR) erreicht werden. Durch die Eingliederung des bisherigen IT-Dienstleisters „s IT solutions CZ“ in die Sparkasse stiegen die Personalkosten um 7 %, dafür reduzierten sich die Sachkosten um 8 %.

Das Jahresergebnis der Česká spořitelna lag 2011 mit 13,6 Mrd. CZK (528,8 Mio. EUR) deutlich über dem Ergebnis von 2010 (12,0 Mrd. CZK). Die Cost-Income-Ratio von 41,8 % ist Beleg dafür, dass die Česká spořitelna a.s. auch in schwierigen Zeiten hoch profitabel tätig ist. Hinzu kommt eine Eigenkapitalquote von 13,1 %, die es unserem tschechischen Mitgliedsinstitut auch unter den neuen Anforderungen ermöglicht, ihre Kunden mit ausreichend Kreditmitteln zu versorgen.

Verbandsaufgaben

Breit gefächelter Aufgabenkatalog

Der „Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.“ – kurz Verband der Freien Sparkassen – hat gemäß seiner Satzung neben der „Förderung des Spargedankens und Sparkassenwesens im Allgemeinen“ vor allem die Aufgabe, die besonderen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu unterstützen. Diese leiten sich aus der Entstehungsgeschichte und dem rechtlichen Status der Freien Sparkassen ab.

Besonderheiten der Freien Sparkassen

Die ersten deutschen Sparkassen wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts als freie Sparkassen von sozial engagierten Privatpersonen gegründet. Später folgten zahlreiche Städte und Kreise mit eigenen Sparkassengründungen, so dass in Deutschland heute zwei eigenständige Sparkassenformen existieren. Am 31.12.2011 gab es in der Bundesrepublik Deutschland sechs freie Sparkassen, die vom gemeinnützigen Engagement getragen werden. Auch ein öffentlich-rechtliches Institut, die Sparkasse Westholstein, gehört zum Verband der Freien Sparkassen, da diese aus der Fusion einer freien Sparkasse mit einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse hervorging.

Die Gruppe der im Verband der Freien Sparkassen zusammengeschlossenen Institute repräsentiert ca. 5 % des addierten Bilanzvolumens aller Sparkassen in Deutschland.

Aufgrund ihres privaten Status gelten für die Freien Sparkassen bestimmte, in den Sparkassengesetzen der Bundesländer enthaltene geschäftspolitische Restriktionen, etwa das Regionalprinzip, grundsätzlich nicht. Gleichwohl haben sich einige der Freien Sparkassen freiwillig vergleichbaren Regelungen unterworfen und Vereinbarungen mit den zuständigen Sparkassen- und Giroverbänden getroffen.

Trotz dieser Unterschiede sind die Freien Sparkassen Teil der deutschen Sparkassenorganisation und Mitglieder des DSGV, da sie – wenn auch auf anderer organisatorischer Basis und durch autonome Satzungsgestaltung – die gleichen gemeinnützigen Ziele verfolgen. Außerdem sind sie wie die Kommunalsparkassen „öffentliche“, d.h. „der Öffentlichkeit dienende“ mündelsichere Sparkassen. Dabei ist unter Gemeinwohlorientierung bei allen Sparkassen gleichermaßen die breite Förderung der Lebensqualität der Menschen

in ihrem Geschäftsgebiet zu verstehen.

Europäische Kooperation

Zu den traditionellen Verbandsaufgaben gehört die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation der Freien Sparkassen Europas. Inzwischen sind 36 freie Sparkassen aus neun europäischen Ländern und der schwedische Verband Sparbankernas Riksförbund außerordentliche Mitglieder des Verbandes der Freien Sparkassen. Die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder setzt sich aus Sparkassen von ganz unterschiedlicher Größenordnung zusammen. Damit bietet der Verband den Mitgliedsinstituten eine breite Plattform für die Diskussion und den Austausch übergreifender Geschäftsinteressen und Anliegen, die gerade im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum an Relevanz gewinnen. Da die europäischen Freien Sparkassen eine große Vielfalt in Bezug auf ihre rechtlich-organisatorische Struktur sowie auf ihre

geschäftspolitische Ausrichtung aufweisen, sind sie für die Geschäftstätigkeit der deutschen Mitgliedssparkassen von großem Interesse. Ferner ist der Zusammenschluss der Freien Sparkassen auch ein Forum, das die Anknüpfung und Intensivierung von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen erleichtern soll. Daher sieht der Verband in der Verbreiterung der Mitgliederbasis in Europa eine wichtige Aufgabe, um den Freien Sparkassen im „Binnenmarkt“ Europa ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Der Verband der Freien Sparkassen setzt sich speziell dann für die Interessen seiner Mitgliedsinstitute ein, wenn wegen der privaten Rechtsform andere Beurteilungen und Lösungen als bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen erforderlich sind. Aufgrund des intensiven Meinungs- und Informationsaustausches mit den Mitgliedssparkassen im europäischen Ausland kann der Verband zudem auf vielfältige Erfahrungen der privaten



Mitgliedsinstitute zurückgreifen. Er vertritt die Verbandsmeinung sowohl innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als auch unmittelbar gegenüber staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit.

Verbandsorganisation

Rechtsform

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V., gegründet 1920, besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder

Im Berichtsjahr gehörten dem Verband sechs deutsche freie Sparkassen, d.h. kommunal nicht gebundene Institute, sowie eine deutsche öffentlich-rechtliche Sparkasse, die aus einer freien Sparkasse hervorgegangen ist, als ordentliche Mitglieder an.

Als außerordentliche Mitglieder waren dem Verband 36 freie Sparkassen aus 11 weiteren Ländern Europas und der Verband der schwedischen Sparkassen, Sparbankernas Riksförbund, angeschlossen.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitgliedssparkassen zusammen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Vorstand

Präsident Dr. Tim Neumann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes
Die Sparkasse Bremen AG
und Finanzholding
der Sparkasse in Bremen

Wolfgang Pötschke, Lübeck

1. stellv. Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse zu Lübeck AG

Dr. Harald Vogelsang, Hamburg

2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG
und der Haspa Finanzholding

Dr. Markus Limberger, Linz

Außerordentliches Mitglied des Verbands-
vorstandes mit beratender Stimme
Vorstandsvorsitzender
Allgemeine Sparkasse
Oberösterreich Bankaktiengesellschaft

Mitgliedschaften

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. ist außerordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Mitglied der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V. sowie Mitglied der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation.

Impressum

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Sitz: Frankfurt am Main
Geschäftsstelle: Bremen

Postanschrift:
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653

Internet:
www.verband-freier-sparkassen.de

E-Mail:
info@verband-freier-sparkassen.de

Druck:
Digitalgut, Bremen